

Während Frankreich in der Donaufrage bereit zu sein scheint, die Wünsche Polens unberücksichtigt zu lassen, ist es auf der anderen Seite nach wie vor entschlossen, Oligarchenpolitiken nachzukommen. Wenn Paris schon den polnischen Donauverdrängen nicht nachkommen will, so will es seinem Bundesgenossen doch wenigstens die Gewähr dafür bieten, daß sich der im Südosten behinderte deutsche „Drang nach Osten“ nicht mit verstärkter Kraft dem Angriff auf die polnischen Grenzen zuwenden kann. Frankreich gibt es sehr deutlich zu erkennen, daß es einer Herabsetzung der deutschen Ertragsleistungen nur unter der Bedingung zustimmen wird, daß das deutsche Volk die Ertragsleistung, die auf die Weltweit im Durchschnitt letzter Jahre im Durchschnitt beträgt, aber unrichtig vertrieht. Die Vorkonferenz nicht ihre Schatten voran. Am Reichstag fehlt für das Haushaltsjahr 1932/33 zum erstenmal seit Verfallens der der Ausgabenliste die Ertragsleistung; daraus geht hervor, daß die Reichsregierung mit Bestimmtheit damit rechnet, daß auch nach Ablauf des Hooverjahres die Ertragsleistungen nicht wieder aufgenommen werden. Auf der anderen Seite weiß der französische Etat auf der Einnahmeseite nicht nur vor die Ertragsleistung auf — ein Zeichen dafür, daß man sich in Frankreich durchaus noch nicht mit dem Gedanken befreit hat, auf dem „Reich des Silbers“ zu bestehen, oder nur minderen ein Zeichen dafür, daß man entschlossen ist, sich die Bereitschaft zur Streichung dieses Etatpostens nur für gute politische Zwecke abzukaufen zu lassen. Mit der Ertragsleistung wird auch die Oligarchenfrage wieder aufgerollt werden, und zwar in ihrer umfassendsten Form: Man wird von Deutschland verlangen, daß es gegen das Jugoslawien einer Herabsetzung der Erträge nicht nur die Grenzen gegen Polen garantiert, sondern auch seine Zustimmung zur Herabsetzung des „Monopolrechts“ gibt; daß es weiterhin auf jedes Verlangen in dem Raum vor sich und seinen „Widerstand leistet, wenn Polen die Unabsehbarkeit Danzigs befestigt. Man braucht kein Wort darüber zu verlieren, daß Deutschland diese Bedingungen — oder auch nur eine von ihnen — selbst dann nicht annehmen kann, wenn ihm als Entgelt die Streichung eines wesentlichen Teils der Ertragsleistungen angeboten wird.

Kardien ist entschlossen, bei der Behandlung der Ertragsfrage denselben Weg zu beschreiten, den schon sein Vorgänger im letzten Jahre eingeschlagen hat. Damals bildete es bei einem Verlust, kein Leben die bloße Abänderung eines „politischen Waffenstillstandes“ seitens des französischen Ministerpräsidenten Paol veranlaßte den Reichskanzler letztendlich zu einer Entlassung. Kardien weiß aber auch, daß es nicht möglich ist, daß die Oligarchenfrage für Deutschland eine Existenzfrage, aber kein Objekt für einen außenpolitischen Subjekt ist. Was hat nun Kardien in die Waagschale zu werfen, die sich jetzt auf dem deutschen Widerstand in der Frage der Oligarchen zu brechen? Ist Frankreichs Stellung heute wirklich um so viel stärker als im vergangenen Jahr, daß es in Vaunance das durchziehen zu können vermeint, was es im letzten Jahr weder in Paris noch in London hat durchziehen können? Wäre das heute darauf, daß es nicht so ist. Denn damals kam sein „Vorstoß unternehmend“, kam ihm die englische „Pflanzkriege“ zu Hilfe. Kardien aber sieht sich heute einem England gegenüber, das nach Überwindung der „Währungskrise“ auf dem besten Wege ist, seine im vorigen Jahre stark erhärtete politische Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Weiter: Als „Brüder“ vor einem Jahr seinen Feldzug gegen die österreichisch-deutsche Zollunion führte, konnte er sich auf ein Italien stützen, dessen Vertreter sich vor dem Haager Schiedsgericht mit ungeschönlideter Schärfe gegen eine Verwirklichung dieses Planes ausgesprochen. Kardien aber steht einer weit unangünstigeren Situation gegenüber, da sich die beiden früheren Gegner, Deutschland und Italien, in der Donaufrage zu gemeinsamen Aufstreten die Hand gereicht haben. Schließlich: Lokal konnte sich im vorigen Jahr auf die zu konkurrierende Diktatur polseigerter französische Finanzhegemonie stützen. Heute ist der Rimbuss der französischen Finanzmacht im Schwanden. Die Macht zwar besteht fort, aber der Glaube an sie, das Vertrauen darauf, daß sie in ihrer Wirtschaftsmacht verbleibenden „Wären“ Zusammenzucken werden aufheben könnte, ist heute erschüttert. Darüber die ihm „Widerstand“, die Frankreich bisher den „Donauländern“ geleistet hat, haben deren Niedriggang nicht aufhalten können, vielmehr im Gegenteil deren wirtschaftlichen Abstieg vielfach beschleunigt, weil sie dazu geübt haben, die Verluste des Niederganges, die wirtschaftliche Absonderung von Deutschland, zu erhalten. Wenn man die Dinge so betrachtet, dann kann man wohl sagen, daß Kardien bei der Durchführung seiner Pläne größeren Schwierigkeiten begegnen wird als Paol, und daß die Ausrichtung Deutschlands, sich diesen Plänen mit Erfolg zu widersetzen, heute größer sind als im vorigen Jahre.

Dazu kommt noch, daß die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich und in Deutschland zu einem großen Grade die Entwicklung genehmigen haben, die namentlich für Polen höchst unerwünscht sein muß. Einerseits hat in Deutschland die nationale Opposition so an Stärke und Einfluß gewonnen, daß sie, auch ohne aktiv an der Regierung beteiligt zu sein, die deutsche Außenpolitik zu einem Widerstand befähigt, der einen noch weit härteren Druck als der auszuhalten vermag, den Paol im letzten Jahr auf sie ausgeübt hat. Andererseits hat Polen in der französischen Öffentlichkeit im Laufe der letzten Jahre manches an Sympathie und noch mehr an Vertrauen gewonnen. Darüber die ihm „Widerstand“, die Frankreich bisher den „Donauländern“ geleistet hat, haben deren Niedriggang nicht aufhalten können, vielmehr im Gegenteil deren wirtschaftlichen Abstieg vielfach beschleunigt, weil sie dazu geübt haben, die Verluste des Niederganges, die wirtschaftliche Absonderung von Deutschland, zu erhalten. Wenn man die Dinge so betrachtet, dann kann man wohl sagen, daß Kardien bei der Durchführung seiner Pläne größeren Schwierigkeiten begegnen wird als Paol, und daß die Ausrichtung Deutschlands, sich diesen Plänen mit Erfolg zu widersetzen, heute größer sind als im vorigen Jahre.

gestand gemacht. Die französischen Radikalsocialisten haben die Segner- schaft gegen dieses Bündnis jetzt sogar zu ihrer Wahlsparole erhoben. Im Polen-namens in nationaldemokratischen Kreisen, sieht man den bevorstehenden Kommunalwahlen in Frankreich mit der ernstesten Besorgnis entgegen. Man rechnet mit einem Sieg der Linksparteien und befürchtet, daß diese Parteien, wenn sie an Ruder kommen, auf die bedingungslose Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu Polen keinen allzu großen Wert mehr legen werden. Worin sich die französische Linke von den anderen politischen Gruppen unterscheidet, das ist, daß sie es ablehnt, eine Bündnispolitik zu betreiben, die Frankreich in neue kriegerische Verwicklungen hineinstreichen kann, daß sie es ablehnt, sich um das Kräftespiel der Kräfte zu kümmern, aus dem trotz des großen Machtverhältnisses im Rüstungsstand haben und drücken keiner der Beteiligten als unbedingter Sieger hervorgehen würde. Die Ablehnung des Bündnisses mit Polen ist eine Parole, die auf alle diejenigen ihre Wirkung nicht verfehlen wird, die es nicht mehr verstehen, warum französische Soldaten sich in Polen in den Krieg setzen sollen, und die erkennen heuten, daß gerade das harte Festhalten an seiner bisherigen „Polenpolitik“ Frankreich in eine „Vollstreckung hineinrücken wird, deren Gefahr auch die vollkommenste militärische Rüstung nicht abwenden kann.

Das darf nun nicht etwa so aufgefaßt werden, als ob die französische Linke von Polen, welches — solange Rußland als politischer Faktor aussfällt — für die Pariser Weltanschauung immer unentbehrlich sein müßte, nun völlig überbrücken werde. Das kommt nicht in Frage! Das ist auch die traditionelle, menschlichste, Spatpolitik, die man gegen Rußland betreiben kann. Man muß sich nur nicht aufpassen, noch immer zu tief und die „Gazeta Polska“ bemerkt wohl ganz richtig: Die Erfahrung lehrt, daß alle französischen Parteien, wenn sie aus Ruder kommen, Männer an die Spitze des Staates stellen, die ein tiefes Verantwortungsgefühl der Geschichte und dem Schicksal ihres Landes gegenüber haben, und die gerade aus diesem Verantwortungsgefühl heraus, auch wenn sie eine Verhängung mit Deutschland suchen, immer an der engen Zusammenarbeit mit Polen festgehalten haben.

Man soll sich die Schwachmächte der Erdkugelchen mit Polen nicht überlassen; aber man soll sie auch nicht überleben. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß Frankreich alle seine Machtmittel — und diese sind auch heute noch härter als die Machtmittel irgendeines anderen Staates — einlegen wird, um seine Vormachtstellung auf dem Kontinent zu behaupten; daß es alle Mittel ansetzt, um sein jezt Jahrzehntelanges gleichbedeutendes Ziel, die Zurückdrängung der Einheit und damit der Selbständigkeit und Eigenpolitik des mitteleuropäischen Raumes, zu erreichen, und um das Werk von Versailles zu Ende zu führen, das es vor 12 Jahren nicht vollendet hat, weil es damals Deutschland Lebensenergie unterstieß. Man darf auch nicht im Unklaren darüber sein, daß die Abwehr der französischen Pläne von Deutschland den Einsatz aller Kräfte erfordert. Da muß es bedenklich erscheinen, daß die deutsche Außenpolitik jezt Monaten nur von Beamten des Auswärtigen Amtes und nicht mehr von der Person des Reichskanzlers und Außenministers geführt wird, nachdem auf der Gegenseite der französische Ministerpräsident auf allen Konferenzen und Zusammenkünften das volle Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale wirft. Und bedenkllich muß es auch erscheinen, wenn man an höchstverantwortlicher Regierungssstelle im Reich ausgeredet in dieser Zeit großer außenpolitischer Entscheidungen von einem „Primat der Innenpolitik“ spricht! Es ist klar, daß eine solche Einstellung die Gefahr in sich birgt, daß die deutsche Außenpolitik die Vorteile angestrichelt, die die geographische Lage im europäischen Raum aus seiner wirtschaftlichen Vorrangstellung gegenüber den östlichen Ländern und aus ihrer historischen Stellung des Deutschlands ermaßen, die auch durch zwölf Jahre Versailles nicht von mitteleuropäischen Boden weggenommen werden konnte.

Wespiel im Außenministerium?

Von verschiedenen Parteien ist der Reichsregierung nahegelegt worden, die Doppelmissionen abzuschaffen; eine Umgestaltung des Reichskabinetts in diesem Sinne ist in nächster Zeit wohl zu erwarten; Reichskanzler Dr. Brüning wird das Außenministerium, dessen Führung er bei seiner starken Beschäftigung mit innerpolitischen Dingen seit Monaten stark vernachlässigt hat, abgeben, und General Brenner wird von einem der beiden Ministerien, dem Reichsamt- oder dem Bundesamtministerium, befreit werden. Mit der Kabinettsbildung ist vor den „Preussengeräten“ nicht zu rechnen, da erst der Ausgang dieser Wahlen abgewartet werden soll. Für den Posten des Außenministers wird Wirtschaftsminister Radolow, der früherer Gesandte in Argentinien und derzeitige Vertreter auf der Genfer Abrüstungskonferenz, genannt. Radolow ist auch ein Offizier; seine Kräfte interessieren sich alle seine Vorgänger seit 1918: kein vor einer Reihe von Jahren erfahrener „Fach-„Bürokrat“ oder „Staatler“ (siehe l. S. „Wochenschrift“). Auf dieses „Buch“, das den deutschen „Wirtschaftsminister“ Radolow in der Stelle eingeweiht werden, wenn sich das Gerücht über eine Verlegung zum Außenminister bestätigen sollte.

Der deutsch-litauische Handel.

Als wirkliche der gegen Vitauen anwendbaren Repressivmaßnahmen kommt die Schließung der deutschen Grenze gegen die Einfuhr litauischer Waren in Betracht. Deutschland hebt bei Beginn der litauischen Unabhängigkeit im Außenhandel Vitauen weit aus erster Stelle. Nicht nur die geographische Nachbarhaftigkeit und die sich gegenseitig ergänzende wirtschaftliche Struktur der beiden Staaten, sondern auch politische Gründe wirkten im Sinne eines regen Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Vitauen. In den neun Jahren 1923—1931 hat Deutschland regelmäßig ausgedehnt oder mehr als die Hälfte der litauischen Ausfuhr aufgenommen und war Deutschland andererseits auch mit mehr als doppelt so wenig als 50 v. H. an litauischen Einfuhr beteiligt. Radikalste Cabelle gibt über die Entwicklung Auskunft:

	Deutscher Export nach an der lit. Grenze	Deutscher Import aus an der lit. Grenze	Ende für Deutschland in Mill. Lit.
1923	43,26	80,50	+ 63,20
1924	43,04	82,67	+ 64,56
1925	50,70	56,61	+ 19,93
1926	46,81	53,81	+ 10,96
1927	51,34	53,15	+ 14,46
1928	57,72	50,40	— 1,44
1929	50,40	49,03	— 45,68
1930	50,91	48,47	— 48,50
1931	45,92	47,01	+ 5,25

Daraus geht hervor, daß von 1923 an der Anteil Deutschlands an der litauischen Ausfuhr im allgemeinen stetig im Wachstum war. Im Jahre 1931 betrug der Anteil des deutschen Exportes aussehend. Erst im letzten Jahre (1931) trat hier wieder ein Rückgang um 14 v. H. ein; in dieser Zeit gelang es den litauischen Exporteuren, wiederum den fortgeschrittenen Ausbau der agrarischen Veredelungswirtschaft, auch auf anderen als deutschen Märkten, insbesondere in England, an Boden zu gewinnen; andererseits traten im vergangenen Jahre in Deutschland eine Reihe von volkspolitischen Schwächen für landwirtschaftliche Produkte in Kraft, die sich auch auf die Einfuhr litauischer Erzeugnisse hinwirken auswirken mußten. Eine andere Entwertung hat die litauische Ausfuhr nach Vitauen in den letzten 9 Jahren genommen. Im Jahre 1923 hat der deutsche Export den litauischen Markt nahezu konkurrenzlos beherrscht. Über 1/2 der litauischen Einfuhr stammten aus Deutschland. Seitdem ist der deutsche Anteil am litauischen Gesamtimport von Jahr zu Jahr erst scharf, dann langsam, zugunsten anderer Staaten gesunken, und zwar bis zum Jahre 1931 auf 47 v. H. In diesem Jahre war Deutschland alle an der litauischen Einfuhr und Ausfuhr mit ausnähm den gleichen Ansehensberechtigung. Die litauischen Exportgüter kommen fast ausschließlich land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse in Frage: Lebensmittel, Vieh, Geflügel, Butter, Eier, Obst, Weintraube, Getreide, Rohholz, bearbeitetes Holz, Zellulose usw. Dagegen stehen in der deutschen Ausfuhr nach Vitauen Halb- und Fertigfabrikate an erster Stelle: Getreide und Getreidemehle, Maschinen, künstlicher Dünger, Zucker, Eisenwaren, Instrumente, Apparate und Geräte usw. Ihrem absoluten Wert nach ist die litauische Einfuhr nach Deutschland von 1923 bis 1930 um 63,5 Mill. Lit. auf 88,9 Mill. Lit. gestiegen, um im vorigen Jahre auf 125,4 Mill. Lit. zurückzufallen. Der Wert der deutschen Ausfuhr nach Vitauen ist im allge-

meinen stabiler gewesen; er hat sich von 1923 bis 1930 zwischen 127 und 151 Mill. Lit. bewegt und ist im vorigen Jahre auf 130,7 Mill. Lit. zurückgegangen. Von 1923 bis 1927 war der deutsch-litauische Handel mit lebender Cendenz für Deutschland und von 1928 bis 1930 mit zunehmender Tendenz für Vitauen aktiv. Im vorigen Jahre hatte er wieder ein Aktivosaldo von 5,25 Mill. Lit. zu Deutschlands Gunsten aufzuweisen.

Für die deutsche Zahlungsbilanz spielt dieser Betrag von rund 2 1/2 Mill. RM. eine völlig untergeordnete Rolle. Ebenso ist in der deutschen Gesamtbilanz die deutsche Ausfuhr nach Vitauen von geringer Bedeutung. Und was Vitauen Vitauen an eigenen Produkten zu bieten hat, kann leicht auch aus anderen Ländern eingeführt werden. Deutschland könnte also ohne allzu große eigene Schädigung das Risiko eines Abbruchs seiner Handelsbeziehungen mit Vitauen auf sich nehmen. Vitauen würde durch einen solchen Abbruch verhältnismäßig weit schwerer getroffen werden. Die Entwicklung des deutsch-litauischen Handels läßt die Tendenz eines zunehmenden Rückganges des deutschen Einflusses auf die Aus- und Einfuhr Vitauen erkennen. Doch wird Deutschland nach wie vor im litauischen Außenhandel die erste Stelle behaupten, wenn es auch 3. B. als Käufer litauischer Stoffes bereits von England überholt worden ist. Vitauen wird nach wie vor auf Deutschland als Hauptabnehmer seiner Erzeugnisse angewiesen sein und ihm daher auch einen bevorzugten Platz in seiner Einfuhr einräumen müssen. Einer Umorientierung des litauischen Außenhandels von Deutschland weg zu anderen Staaten hin (insbesondere zu England) sind verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Denn wenn sich Vitauen aus politischen Gründen handelspolitisch von Deutschland absondern möchte, müßte es sich hinsichtlich des Exportes verlieren, nicht nur es sich — ähnlich wie Polen — gezwungen sehen, seinen Export durch Subventionen und andere Maßnahmen zu stiften und schließlich Märkte aufzusuchen, auf denen es seine Waren nur mit Verlust absetzen kann. Vitauen hat keine Möglichkeit, Deutschland aus seinem Außenhandel völlig auszuscheiden, wenn es sich nicht selbst den größten Schaden zufügen will. Am wenigsten könnte eine wirtschaftliche Annäherung an Polen die durch einen Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland entstehende Lücken ausfüllen; denn Polen leidet überdies an den Fehlern, die Vitauen schon exportiert. Darin liegt die handelspolitische Stärke Deutschlands gegenüber Vitauen. Die Reichsregierung hat sich bisher nicht entschließen können, diesen Faktor gegen Romo in der Memelfrage auszuspielen. Wenn sie sich nicht getan hat, dann können nicht wirtschaftliche, sondern in erster Linie oder ausschließlich politische Gründe für dieses Vorgehen maßgebend sein: Der Wunsch, die memelländische Unabhängigkeit, die am Export nach Deutschland stark beteiligt ist, zu schonen, und offensichtlich auch das Bestreben, die Brücken nach Romo abzubauen. Diese Bemerkungen sind begründet.

Es fragt sich nun, ob das die richtige Methode ist, um zum Erfolg zu kommen: eine Gelegenheitsdiplomatie durch Radikalität und gute Behandlung zu neuem Diebstahl zu ermuntern, oder es nicht richtiger ist, den kleinen Gegner durch einen nicht mißzuverehenden Druck beizeiten zur Vernunft zu bringen. Es könnte den Vitauern nichts schaden, wenn ihnen einmal klargestellt würde, was ihnen unter Streubildung eigentlich bedeutet. So wie das Auswärtige Amt sich bisher in der Memelfrage verhalten hat, wird nur der Glaube der Vitauer gefikert, daß sie uns völlig unentbehrlich sind.

Memel vor dem Haag.

Ob es die Vitauer zu einer Mäßigung ihrer Memelpolitik veranlassen kann, wenn der Memelstreit mit den Staatenmächten vor den Haag gebracht wird? Solange Deutschland sich weiter so untätig im Hintergrund hält wie bisher, ist das kaum zu erwarten. Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben den Memelkonflikt beim Ständigen Internationalen Gerichtshof abhängig gemacht. Sie haben dies in Form einer gegen die litauische Regierung gerichteten Klage getan, die sich auf Artikel 17 der zwischen den genannten fünf Regierungen am 8. Mai 1924 in Paris abgeschlossenen Memelkonvention bezieht. In der Klageschrift werden die Ablehnung des Präsidenten des Memeltribunkrates, Vötkter, die Entziehung des vom Stimmrat präsidierenden neuen Direktors sowie die Auflösung des Memellandtages angeführt.

Es hätte in Vitauen genöht Eindruck gemacht, wenn der Reichskanzler Dr. Brüning am 8. oder 9. Februar d. J., zwei oder drei Tage nach dem ersten litauischen Rechtsbruch im Memelland, nach Ostpreußen gefahren wäre, um von Königsberg aus in demonstrativer Rede das Recht der Memeldeutschen zu verklären. Der Kanzler ist damals nicht nach Königsberg gefahren. Statt dessen wurde gerade in der Zeit, in der es an den Grenzen dort oben bedenklich zu gehen anfing, in der von einem litauischen „Marjch auf Memel“ die Rede war, der Königsberger Wehrkreiskommandant — nach Genf zur Abrüstungskonferenz delegiert. Nun ist der Kanzler am 9. April doch noch in Ostpreußen gewesen; aber er hat in Königsberg nur eine Bahrede gehalten. Er hätte, wenn er vor dem Mikrophon in Königsberg die Worte über Memel gefunden hätte, die Ostpreußen von ihm seit Wochen erwartet, den Wahpausgang noch in letzter Stunde entschieden für Sündenberg beeinflussen können. Aber das Wort Memel

ist in seiner Rede nur ganz beiläufig gefallen. Das hat in Ostpreußen enttäuscht.

Unmöglich ist Vitauen dabei, die Stelle der memelländischen Autonomie zu befechtigen und die memeldeutschen Führer und Parteien kalyellieren. Die Aufhebung des Kriegszustandes im Memelland wurde — entgegen einer vorzeitigen Meldung des „Memeler Dampfboots“ — wieder einmal auf unbestimmte Zeit vertagt mit der abendlichen Begründung, daß die Beibehaltung des Kriegszustandes im gegenwärtigen Zeitpunkt lebensnotwendig sei, weil dem litauischen Volk im Zusammenhang mit dem Memelkonflikt bei einem nationalsozialistischen Völkchen in Draußen „gemilde Erfahrungen von außen her drohen“. — Auf Veranlassung Seigals, des ehemaligen Reichstagsabgeordneten) wurde auf einer Parlamentskonferenz in Romo Anfang d. M. beschloffen, daß in Zukunft im Memelgebiet die freizuerwerbenden Pflanzstellen nur noch mit solchen Parlaments befehrt werden sollen, die an der Universalität Romo studiert haben. — Am 9. April wurde der bekannte Führer der Memelländischen Volkspartei und Vertreter des Memellandes in Genf, Schürdt Meyer, verhaftet und ins Gefängnis nach Bajorien gebracht. Es wird ihm „Spionage“ vorgeworfen. — Im Romoer Regierungskreislauf scheint man die Absicht zu haben, dem deutschen Generalkonful in Memel das Equator, also das Recht zur Amtsausübung, zu entziehen; das bedeutet, daß Vitauen dem Vertreter des deutschen Reiches, dessen Anwesenheit in Memel ihm gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders unheimlich ist, auszuscheiden geduldet — eine direkte Herausforderung Deutschlands, die ihm drohen läßt, treten der Romoer Regierung die Krone aufsetzen würde. — Das sind

Der polnische Außenhandel.

Boykott deutscher Waren.

Erst das letzte ist abgelaufenen deutsch-polnischen Handelsabkommens, in dem beide Staaten sich verpflichten, die gegenseitig geschädigten wirtschaftlichen Maßnahmen nicht zu verschärfen, wird von dem maßgebenden polnischen Wirtschaftskreis weiterhin eine umfangreiche Propaganda gegen die Einfuhr deutscher Waren nach Polen betrieben. In dem führenden Organ der polnischen Industrie und Großkaufmannschaft, dem „Kurier Polski“, hat erst in diesen Tagen der bekannte polnische Volkswirtschaftler Dr. Roger-Battaglia sich für eine Einstellung des Bezuges von deutschen Waren eingeleitet und Propaganda dafür gemacht, daß die polnischen Importeure sich im Verzuge befinden, in anderen Ländern, vor allem in England, Es handelt sich also nicht um eine Propaganda gegen die Einfuhr fremder Waren überhaupt, sondern um eine Aufforderung zum Boykott der deutschen Waren. In ähnlichem Sinne wie Roger-Battaglia äußerte sich der Direktor der französisch-polnischen Handelskammer Ostromski gegenüber einem Vertreter der halbamtlichen „Akra“-Agentur. Direktor Ostromski führte unter anderem aus: „Schon gegenwärtig macht sich eine intensive Bewegung bemerkbar, die bisher aus Frankreich eingeführten Artikel durch solche französischer Herkunft zu ersetzen. Die polnisch-französische Handelskammer hat schon viele dazugehörige Anfragen erhalten und ist gegenwärtig bemüht, Quellen ans Licht zu ziehen, die in voller Länge den Bedürfnissen unserer einfließenden Importeure entsprechen. In vielen Handelszweigen sind bereits die entsprechenden Verbindungen angeknüpft.“ — Der von den offiziellen polnischen Kommentaren bei der Beurteilung des deutsch-polnischen Handelsverhältnisses so hoch geprüfete Verständigungs-wille Polens ist daher wohl nicht zu hoch zu nehmen.

Heranziehung deutscher Firmen zu Steuern in Polen.

Die Rechtsabteilung der deutsch-polnischen Handelskammer in Berlin, Berlin West, Deutsches H. 11, die für deutsche Firmen die Verfolgung von Rechtsangelegenheiten in Polen übernimmt, teilt folgendes mit: In der letzten Zeit werden sich die Klagen über Verschlagnahme deutscher Guthaben und Forderungen in Polen wegen angeblicher Steuerpflichten deutscher Firmen für nach Polen gelieferte Waren bzw. dort ausgeführte Arbeiten. In den meisten Fällen dürfte die Heranziehung zur Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer auf die unrichtige Auslegung der bestehenden Vorschriften in Bezug auf Kontingent-, Wertsteuern, Abgabenarten usw. zurückzuführen sein. Zum Teil allerdings gehen auch die von den deutschen Firmen gefälligen Lieferungsverträge selbst den polnischen Steuerbehörden zu diesem Vorhaben Anlaß. Die Rechtsabteilung der deutsch-polnischen Handelskammer hat in einer Reihe von Fällen mit Erfolg interveniert, so daß den betroffenen Firmen empfohlen werden kann, sich mit der Rechtsabteilung in Verbindung zu setzen, um Auskünfte über richtige Anwendung der einschlägigen polnischen Gesetzesvorschriften zu erhalten.

Die französisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.

In letzter Zeit ist die polnische Ausfuhr nach Frankreich, die sich im Beginn des Jahres 1951 günstig entwickelte, durch die französischen Regulierungsmaßnahmen erheblich geschädigt worden. Andererseits hat auch die polnische Regierung Maßnahmen zur Minderung der französischen Einfuhr ergriffen. Dem politischen Bündnis zwischen Frankreich und Polen hat von jeher die wirtschaftliche Zersplitterung gefehlt. Diese Schwierigkeiten sollen durch neue französisch-polnische Wirtschaftsbeziehungen auf Kosten des deutsch-polnischen Handels behoben werden.

Während im Jahre 1950 Frankreich in der Rubrikexporte verjüngten Länder, die die größten Mengen des polnischen Exportes aufnahmen, sich an 18. Stelle befand, nahm es im vergangenen Jahre bereits den 6. Platz ein. Bei der Einfuhr nach Polen ist Frankreich vom 4. Platz im Jahre 1950 auf den 5. im Jahre 1951 gefallen. Von der polnischen Ausfuhr gingen im vergangenen Jahre 5,5 v. H. nach Frankreich, von der polnischen Einfuhr kamen 7,5 v. H. aus Frankreich. Dem allgemeinen Rückgang der polnischen Außenhandelsläufe entsprechend ist auch die polnische Einfuhr aus Frankreich mengenmäßig zurückgegangen, und während sie sich im Jahre 1950 noch auf insgesamt 151 070 000 Zloty belief, betrug sie im Jahre 1951 nur noch 109 725 000 Zloty. Die polnische Ausfuhr nach Frankreich ist im Gegenjahr zur sinkenden Einfuhr sehr stark gefallen, und zwar von 75 178 000 Zloty im Jahre 1950 auf 103 357 000 Zloty im Jahre 1951. Die starke Verringerung des polnischen Importes aus Frankreich um etwa ein Drittel seines Wertes ist auf die harten Einfuhrrestriktionen der polnischen Regierung gegenüber dem Export von Mineralien und Halbfabrikaten sowie auf die Verringerung des Bedarfs und der Kaufkraft der polnischen Bevölkerung zurückzuführen. Die polnischen Regierungsstellen sind der Ansicht, daß zahlreiche aus Frankreich eingeführte

Waren wie Seide, Feinwebfabrikate, Damen- und Herrenkonfektion usw. auch von der polnischen Industriehilfe hergestellt werden können, und haben deshalb entsprechende Maßnahmen gegen die Einfuhr dieser Artikel ergriffen. Die Verringerung des Abflusses französischer Luxusartikel in Polen ist in der Tat ein wichtiger Schritt zur Verankerung der gegenseitigen internationalen Wirtschaftspolitik folgend. Jezt die Einfuhr aus Polen beschränkt, wobei ein besonders schwerer Schlag für Polen die Einschränkung der Kohleneinfuhr nach Frankreich bedeutet. Die Erweiterung des polnischen Kohlenabflusses in Frankreich ist schon jetzt längerer Zeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen beiden Ländern.

Die polnische Kohlenindustrie unter staatlicher Kontrolle.

Das polnische Arbeits- und Handelsministerium hat eine Verordnung ausgearbeitet, durch die die Regierung zur Kontrolle und Regulierung der Kohlenproduktion und des Kohlenhandels ermächtigt wird. Die Verordnung, die schon in wenigen Tagen in Kraft getreten werden soll, gibt der Regierung das Recht, zwangsweise Kohlenindukate zu bilden, die Mitgliedsbeiträge dieser Vereinigungen sowie die Gebühren festzusetzen, die zur Regelung des Kohlenexports notwendig sind, und die Verwaltungen der einzelnen Bergwerke zu übernehmen. Ebenso kann der Kohlenabfluß monogeweise zulassungsfähig werden. Die Regierung kann Kontingente für die einzelnen Bergwerke festsetzen und den Kohlenverkauf in bestimmte Zonen leiten. Die Unterbreitung der Verhandlungen sind hohe Strafen angedroht. Es soll ferner eine staatliche Kohlenexportkontingente geschaffen werden. Im Zusammenhang damit will man einen Exportausgleichsfonds bilden. Die Regierung erwartet, daß der Kohlenexport nach Frankreich dieser Maßnahmen wieder anwachsen wird. Der Kohlenexport soll künftig ausschließlich über die Ödinger gehen, was staatlicher Kontrolle unterworfen werden soll. (Was würde das Ende Danzigs bedeuten?) Man will dadurch die hohen Unterhaltungskosten für den Hafen von Gdingen herabdrücken. Der Export nach den nordischen Ländern soll durch die staatliche Seefahrts-Aktiengesellschaft „Żegluga Polska“ bewerkstelligt werden, damit diese Gesellschaft, die bisher ungeheure Staatszuschüsse verfrachten hat, rentabel wird.

Polnische Kolonialpläne.

Im französisch-polnischen Kolonialplakat wurde im März eine Abordnung der polnischen Regierung für die Schifffahrt und Kolonien entsandt. Der stellvertretende Vorsitzende des französischen Kolonialinstituts, der ehemalige Ministerialdirektor, Ferruz, erklärte bei dem Empfang, daß Polen sich an der Auswertung der französischen Kolonien beteiligen könne, aber, um diese Beteiligung erfolgreich zu gestalten, sei es vorbedingung, daß der Hafen von Gdingen in einem Depot für Kolonialwaren umgebaut werde, die nicht nur in Polen, sondern auch in den Nachbarländern, in Mittel- und Nordamerika verkauft werden müßten. Wie die Agentur Havas berichtet, wurde ein französisch-polnisches Programm für Zusammenarbeit auf diesem Gebiet urfassen.

Hiermit im Zusammenhang steht auch eine Meldung des Krakauer „Kurier“ aus Paris, wonach man streng geheime Verhandlungen zwischen Polen und Frankreich geführt habe, um den polnischen Emigranten in französischem Kolonialreich eine Konzeption zu sichern. Die polnischen Delegierten wollten die von Arbeitslosigkeit bedrohten, in Frankreich beschäftigten Polen in einer Kolonie anwerben. Die französischen Behörden seien aber nicht geneigt, einer solchen Siebung nationale Autonomie zu gewähren. Für die Franzosen liefen die polnischen Forderungen auf eine Verrückung der französischen Staatshoheit hinaus.

Der Jaltown polnische Arbeiter nach Frankreich war in den Jahren der wirtschaftlichen Hochkonjunktur einmal sehr groß. Hunderttausende arbeitsfähiger Polen wanderten damals, mit Arbeitsortstragen versehen, nach Frankreich. Mit ihren Familien ließen sie sich in Paris und dort allem in Nordfrankreich nieder. Nach polnischen Angaben beläuft sich die Zahl der polnischen Arbeiter in Frankreich auf etwa 1,5 Millionen. Durch natürliches Wachstum und durch herbeigeholten Jaltown verfrachte sich das Polenland in Frankreich mit jedem Jahr. In einigen nordfranzösischen Ortschaften ist bereits der letzte Jubel eingetreten, daß die polnische Bevölkerung die französische an Zahl überwiegen hat. Seitdem die Arbeitslosigkeit auch nach Frankreich übergriffen hat, ging man zu der Praxis über, mehr die ausländischen Arbeitskräfte abzubauen. Es zeigte sich, daß die polnischen Arbeiter in Frankreich nicht so gut wie die Franzosen sind. Den meisten fehlt es an Selbstverlebung in die Heimat zurückzukehren. Das sind die Leute, über deren Anstellung in den afrikanischen Kolonien Frankreichs (d. h. wohl im ehemals deutschen Kamerun) jetzt verhandelt worden ist.

Polnische Minderheitenpolitik.

Die Dirshauer Schulfrage.

Die Erträge der Vorjahre deutschen Schüler ist noch nicht zu Ende. Im Juni v. J. wurde das deutsche Programmjahr geschlossen. Seitdem sind die Schüler ohne Unterricht. Vor kurzem erklärte nun das Kultusministerium die Schließung der Schule für endgültig. Unter großen Opfern beschloßen die Dirshauer deutschen Eltern, ihre Kinder in das deutsche Privatgymnasium in Preußisch-Stargard zu schicken. Die polnische Staatsbahn lehnte aber die Ausgabe von Schülerkarten nach Stargard ab, so daß für die Schüler der volle Fahrpreis von 30 Glogy gezahlt werden muß. Als die Schüler nach in Stargard zum Unterricht erscheinen wollten, wurden sie am Betreten des Schulgebäudes verhindert, da das Schulkuratorium (Provinzialstudienkollegium) in Gora die Einschulung der Dirshauer Schüler in Stargard bisher nicht genehmigt habe. Eine förmliche Intervention in Thorn war ohne Erfolg. Das Schulkuratorium „behält sich seine Entscheidung vor“. Es kann wiederum Monate dauern, ehe die Deutschen Kinder endlich die Möglichkeit erhalten, wieder zur Schule zu gehen.

Versehung deutscher Eisenbahner.

Die Massenverletzungen der letzten deutschen Eisenbahner aus dem Korridor-Gebiet nach Kongresspolen, hauptsächlich in die Bojemischschaffenen Polesien, Wolynien, ferner nach Dombin (Winnogorod), Olszanien und in die Wojewodschaft Kielce, werden fortgesetzt. So kamen am 7. April wiederum über 100 Eisenbahner die Aufforderung bekommen, hatten, sich mit Koffern im ehemaligen Eisenbahndirektionsgebäude Bromberg einzufinden, von wo sie mit ihnen unbekanntem Ziel nach Kongresspolen weitergeschickt wurden, haben am 10. April erneut 30 Eisenbahner die Versehung erholten. In allen Fällen mußten die Eisenbahner ihre Familien im Korridor-Gebiet zurücklassen. Es wird jedoch großer Wert darauf gelegt, daß die ihre Familien schnellstens nachkommen lassen. Es handelt sich in fast allen Fällen um Kinderreiche Beamte. Die neuen Wirkungsorte der Beamten sind so ausgewählt worden, daß die Kinder in keinem Fall Gelegenheit haben, eine deutsche Schule zu besuchen. Mehrere Beamte in Ronitz, Graubenz und Stargard, die sich mit Rücksicht auf ihre Familien und ihren Verbleib weigerten, dem plöseligen Befehl zu folgen, sind wegen Dienstverweigerung strafflos und ohne Anerkennung aller Pensionsansprüche aus dem Staatsbahndienst entlassen worden. — Auch die Finanzverwaltung geht in der letzten deutschen Beamten „aus künftlichen Gründen“ aus dem Korridor-Gebiet zu verlegen.

Das Ende des Königer Renegatenblattes.

Die „Dommereller Russen Nachrichten“ haben ihre Erscheinung eingestellt. Dieses Blättchen, das bis bereits mehrfach erwähnt wurde, wurde besonders vor kurzem wegen Verstoßes gegen die Sittlichkeitsgesetze und Spionage bereits mehrfach vorbestraften Hugo

Erneßo Wudacke, der sich zuletzt Dr. Hans Sch. von Helm nannte, herausgegeben, um die deutsche Minderheit in „Dommerellen“ zu sprengen. Alle amtliche Hilfe, die dem Renegaten Wudacke bei seinem Vorhaben in rathlichem Maße zuteil wurde, als Drucksetzer, mit dem er und sein polnisches Verlagsamt verflochten, das Blatt den Angehörigen der deutschen Minderheit aufzubringen, ist erfolglos geblieben. Die Deutschen im Korridor haben die „Dommereller Russen Nachrichten“ und den Wudacke als das erkannt, was sie sind: als ein von der Warshauer Regierung ausgehendes, deutsch-feindliches Blatt und als eine künstliche Kreatur. Wudacke blieb nichts anderes übrig, als seine Zelte in Ronitz und Jempeburg abzubauen. Man kann gespannt darauf sein, wo, als was und unter welchem Namen er in Zukunft wieder auftauchen wird, ob vielleicht gar, wie sein Kollege von der ebenfalls entlassenen „Baltischen Presse“, Redakteur Wueker, in eine gebotene Amtsführung nach Warshau berufen wird — in Anerkennung seiner Verdienste um die Bekämpfung Deutschlands —, das einmal sein Mutterland war! Die Bromberger Stadtorordneten haben dem Magistratsdirektor Seidel den letzten Magistratsrat verliehen, weil er sich „um die Befestigung der letzten Spuren der deutschen Herrschaft besonders verdient gemacht hat.“ Ihm sei es zu danken, daß im jüngsten Tempo alle deutschen Schiller ufm. aus dem Straßenbild der Stadt entfernt worden seien.

Ein Gebet, das keines sein soll.

Vor einiger Zeit erwähnten wir das Gebet eines polnischen Pfarrers Mijskijs-Lycki als Beispiel dafür, zu welchem Mißbrauch der Religion sich die polnische Deutschfeindschaft hinreichend lieg. Die Dinge liegen, wie wir uns überzeugt haben, etwas anders. Mijskijs-Lycki ist Polak. Das jüdische Gebet findet sich in einer seiner Schriften, ist von ihm verfaßt, aber nicht, um es den Gläubigen zu empfehlen, sondern um ihnen die Verwerflichkeit der thaurinischen Hebräer vor Augen zu führen. Wir wollen die gute Absicht dieses Pfarrers nicht in Zweifel ziehen, aber doch folgendes feststellen: Mijskijs-Lycki läßt sich seine polnischen Pundaleute offenbar so ein, daß er derartige Ausmünder für möglich hält und das Gebet als etwas billigt, mit dem Befestigung seiner thaurinischen Pundaleute angepaßt ist. Ist nun dem Pfarrer, als er das Gebet verfaßt, nicht der Gedanke gekommen, daß sich jeder seiner Schüler könnte, bei dieses Gebet, als etwas anderes als die Äußerung eines verirrten Christen auffassen könnten? Wenn es dem Pfarrer auf Beispiele für das Vorbildende der von ihm verurteilten Meinung ankam, dann hätte er es nicht nötig gehabt, derartige Dinge zu erfinden; er hätte nur Umständen bei manchen seiner Amtsbrüder zu halten brauchen und dabei gewiß mit Feindschaft eine hübsche Auslese von Äußerungen „christlicher Rastlosigkeit“ sammeln können, etwa beim Pfarrer Wukalski, dem „Befehl“ oder bei dem kürzlich verstorbenen Bischof Wandurki.

Von den Polen in Deutschland.

Polnischer Vorstoß nach Quellengrund.

Die Gütermakler-Sirma Paul Salomon in Vandsberg (Warthe), von der man annehmen konnte, daß sie sich vom Gütermakler zurückgezogen hätte, hat, wie die „Märkisch-Pommer Zeitung“ berichtet, vor kurzem in Res-Kramzig, Gressmarck D.-W. einen Verkaufstermin abgeräumt, in dem er 200 Morgen des früher zum Gute Wolken Befitzer Ignaz Sarajin gehörigen Bormerks Quellengrund zum Verkauf angeboten wurde. Zu dem Termin waren nur polnische Bauern aus Res-Kramzig und Kramzig erschienen, an die bereits im letzten Jahr 270 Morgen des Bormerks Quellengrund verkauft worden waren. Wenn bei diesem Termin keine Verkaufsbefähigung festgestellt werden konnte, so bedeutet das, wie die „M. P.“ schreibt, nicht etwa, daß bei den Polen keine Kaufkraft besteht, sondern es ist vielmehr ein Schatzberg der Polnischen Volksbank zu vermuten, die in Vertrauen darauf, daß keine deutschen Erwerber auftreten werden, die Darlehe ausgegeben hat, mit dem Ankauf zu warten, um die Preise zu drücken. Im Abschnitt Mijskijs-Domst haben die Polen seit 1928 mehrfach und j. E. mit Erfolg versucht, deutschen Landbesitz in die Hand zu bekommen: Wognowo, Rejssdorf (Kreis Südlindau-Schmiebus), Quellengrund (der Rest dieses Bormerks liegt jetzt zum Verkauf), Gr.-Schmölzen und Gr.-Dammer.

Der polnische Lehrer in Groß-Warpitz.

Die Regierung in Marienwerder, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hat dem polnischen Staatsangehörigen, Lehrer an der polnischen privaten Minderheitsschule in Gr.-Warpitz, Kreis Stuhm, K. Manzyński, die Erlaubnis zur Leitung der Schule und Erstellung des Unterrichts an ihr erteilt, was er sich der Lehrer in seinem Heimatort erhalten die faktuelle Zurückhaltung hat zu müssen, falls, die von ihm als fremdem Staatsangehörigen, der Soldat in Deutschland genügt, erteilt werden mußte, und weil er sich ausschließlich seiner Verträglichkeit an der Minderheitsschule, für die er ausschließlich zugelassen ist, fortgesetzt in einer der geüblichsten Entwicklung des Minderheitsschulwesens im Kreise Stuhm und dem friedlichen Cu-

lammleben der Angehörigen deutschen und polnischen Volkstums übertraglichen Weise betätigt hat. Eine Schließung der Minderheitsschule in Gr.-Warpitz ist mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

Waffenlande bei Polen in Deutsch-Oberschlesien.

In Markowitz (Deutsch-Oberschlesien) wurden von der deutschen Polizei Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen, die Markowitzer Einwohner am Oberlandabend bei Raufen ein Feuergefecht mit polnischen Grenzbeamten gehabt hatten. Es handelt sich um Kommunisten, die Werbematerial über die Grenze schmuggeln wollten. Es wurden bei mehreren Angehörigen der polnischen Minderheit 300 Schuß Infanteriemunition und zwei Artilleriebomben gefunden. Die Waffen, die bei dem Feuergefecht benutzt wurden — es handelt sich um Infanteriewehr —, konnten nach nicht entdeckt werden. Ferner wurde auf Grund einer Anzeige eine Durchsuchung bei dem Wandtaschkenditen des Polenbundes, Gemeindevorsteher Bock, vorgenommen, die aber ergebnislos verlief. Bock steht aber, wie festgestellt werden konnte, in enger Fühlung mit den Kommunisten derselben Bock, der sich nicht genug tun kann, für die „polnische“ Kirche zu eifern.

Das Ende einer polnischen Heilige.

Die Leiche des vor einiger Wochen in Pilsnitten verstorbenen polnischen Minderheitschullehrers Paz ist mit Genehmigung der deutschen Staatsanwaltschaft nach Polen gebracht und dort obduziert worden. Als Ergebnis der Obduktion wurde festgestellt, daß Paz an Rohlenoxydvergiftung verstorben ist. Die polnische Presse hatte seinerzeit behauptet, daß Paz an Sittlichkeitsverbrechen verstorben sei. Obwohl die Ermittlungen der deutschen Behörden auch nicht den geringsten Inhaltspunkt für diese Behauptung ergeben hatten, verbreiteten die polnischen Blätter weiter dahingehende Mitteilungen. Die deutsche Staatsanwaltschaft hatte sich daraufhin bereit erklärt, die Leiche durch polnische Ärzte obduzieren zu lassen.

Ost-Archiv und Heimatmuseum

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. W.

Jahrgang 1932, 1. Folge

Die Heimat ruft . . .

Hell leuchteten die hohen Fenster des Kasinos des Leibgrenadier-Regiments Nr. 8 in Frankfurt a. d. O. und leuchteten gelblich ihren Schein auf dem blauen Parkettboden, über dem sich ein fremdlerer Himmel wehte. Stolz und wehlich wie Schellen vernehmen die Umrisse der umliegenden Gebäude in der dampfenden Nacht.

Drüben im Hauptgebäude brannten vereinzelte Lampen. Hier herrschte noch Leben, waren doch am Spätmittag die „Leiber“ aus dem Saal zurückgekehrt, und mit in die alten lieben Räume, die sie 1914 liegenschaftlich und juristisch in großen Hoffnungen verlassen hatten.

Und wie war das Ende und die Rückkehr? . . .

Im Kasino sah man noch beifremden, still und schweigend. Von Zeit zu Zeit juckte es in den kampfermühten Gesichtern von verhaltenem Schmerz, unglückbarem Leid und tiefer Trauer.

War es nicht, als ob irgendwo, weit, weit entfernt, draußen in der Nacht etwas flüchtete . . . wie dumpfer Trommelhieb . . . wie ein lebendes Schicksal . . .

Und da . . . in der Zukunft hockte es in grau, die Frau Sorge, und starrte mit gierigen und brennenden Augen herauf.

Da kletterte draußen ein Schritt auf dem langen, feuchtkalten Stein. Näher klopfte sich der Tritt zur Tür. Sie tat sich auf, und herein trat der junge Leutnant o. J.

Alle Wände wandten sich ihm zu. Der helle Lampenschein sprang in ein fröhliches, von der Nachtluft gerötetes Gesicht. Die Hände hielten ein Zeitungsbblatt umklammert, das der junge Offizier dem Hauptmann Freiherrn o. V. reichte. Der munde Witz in dem weiterbarten Anblick des Hauptmannes überließ eiligst die bedruckten Seiten der ersten Seite. Jüng sprang er empor, wusch sein Stahl laut polternd zu Boden hin . . . an sein Gesicht trat ein harter Jag, als er rief: „Polens Berrat an Deutschlands Blutiger polnischer Umflut in Polen“

Hochlachend fügte er hinzu: „Das ist der Dank vieler edler Nation für die Befreiung vom Kuffenjoch und die Erhebung zu einem selbständigen Königreiche im Dezember 1916!“

Die Gesichter der Kameraden lachten den Hauptmann frohend an. Der Offizier, die Heimat in Gefahr!

Stark nicht eben erst die Sonne so blutigrot über die hohen Zinnen des Regiments? Schritt nicht noch der Schwaben das große Schlachtfeld . . . durch die verfallenen, zerwühlten und blutgetränkten selber im Westen? Doch die Heimat war in Gefahr! Das gab den irrenden Gedanken Kraft und Ziel.

Schke von Georg Hollander.

Wie ein Schrei brach es von den altertrauten Wänden: „Kameraden, die Heimat ruft!“

Und als Antwort klang es wieder: „Wir sind bereit, sie zu schützen!“ Sturm riefte man sich die Hand.

Eine grüßte am Tore die Nacht die Offiziere des Leibgrenadier-Regiments Nr. 8.

Die kletterten die wettergeprüften Steinfliesen, als führten sie dentritt eines gemaltigen Schicksals. Stumm wandte sich jeder und schritt in die Nacht hinaus, die mit finsternen Riefenmalen gähnte.

Am nächsten Morgen riefen die Unteroffiziere die Mannschaften auf dem Kasernehof zusammen. Ein neugieriges Fragen und Rufen begann.

Da nahlte Hauptmann Freiherr o. V. Kurz erklärte das Kommando „Stillegebäude“ und halfte von den Wänden nieder. In strammer Haltung erfolgte die Meldung der Mannschaften. Dann sprach der Führer. Felt, knapp und unbezirt erklangen seine Worte über den Däch:

„Leibgrenadiere! Die Polen haben in Polens Hauptstadt einen bewaffneten Aufstand entfacht. Ihren Raubzug legen sie nach Osten fort. Ihr Ziel ist der Oberkloster auf dem Weg und Straßen dringen sie gegen Breslau vor. Deshalb ergeht an euch, ihr tapfersten Vöiber, der Ruf: „Freiwillige für die Heimat vor die Front!“

Wie ein Mann trat die gesamte Mannschaft vor und erklärte sich bereit, für die Heimat zu kämpfen.

Über Kampfesgeklirr und Kanonenbrüllen entschloeren sich nochmals die wallenden Sabnen des Regiments. — — —

Zünf Stunden später trug der Jag die ersten Freiwilligen über Reppen nach Benschen. (Am 30. Dezember 1918 wurde der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Benschen von Seiten des 8. und 12. Grenadier-Regiments befreit.) Darüber lagten Stationen, Ackerfluren, Bäume und Sträucher. In den Wägen erschall das alte Soldatenlied: „Du der Heimat . . . und dem Wiederselbst!“ Die Lute wuchsen und schwellten und drangen hinaus in den weiten Erdraum, über die Heimatfall.

Aus dem Fenster eines Abteils im vorlehten Wägen aber lebte ein Freiwilliger und schaute mit glühenden Augen in die beginnende Dämmerung unermüdet nach dem Osten. Sein Vaterhaus fand hinter Polen, ein Heimatort war bereits von den Polen besetzt.

Ein Stöhnen rief sich in ihm empor . . .

Feih rangen Erinnern über seine Wägen, Tränen . . . schimmernde Perlen, gemorbenes Heimweh.

Kämpfe an der Grenz-Nege im Frühjahr 1919.

Von Friedrich Roth.

Die polnisch-revolutionären Ereignisse des Jahres 1919 laufen mit denjenigen des Jahres 1848 parallel. Die Kämpfe im Kreise Czarnikau wie überhaupt die Gefechte längs der Nege weisen große Ähnlichkeiten auf. Am Gebiet der sogenannten reissenden Nege, der heutigen Grenz-Nege, bildete die südlich des Jüßles gelegene Kreisstadt Czarnikau den wichtigsten Stützpunkt der Polen. 80 bewaffnete Infanterie-Regimente besetzten die Stadt am 3. Januar 1919, einem Sonntag, ohne Widerstand zu finden. Die deutschen Verwaltungsbürokraten und die wenigen Verbleibenden wurden ihres Amtes entsetzt und zum Teil interniert.

Mit größtem Selbstbewußtsein und dem Vertrauen auf den Erfolg ihrer Sache gingen die Polen bei ihren weiteren Maßnahmen vor. Am gleichen Tage erließen sie im Gefühl ihrer eigenen Stärke und der Ohnmacht des preussischen Staates und der deutschen Bevölkerung für das Gesamtgebiet des Kreises Czarnikau mit Einschluß des rein deutschen, von ihnen noch nicht durchzogen nördlichen Kreisraumes im „Anzeiger für den Vertriebsdienst“ durch Sonderausgabe folgende Bekanntmachungen:

Mitbürger! Mit dem heutigen Tage ist jegliche Gewalt und Sorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe im Kreise Czarnikau in unsere Hände übergegangen. Alle Mitbürger ohne Unterschied der Rationalität und Konfession fordern wir hiermit auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren und sich unseren Anordnungen zu fügen. Der öffentliche Sicherheitsdienst für den Kreis Czarnikau wird eure Leben und Eigentum schützen. Wer bei Raub oder Plünderung auf sich selber Ein treffen will, wird handrechtlich mit dem Code bestraft. Es sind erlaubt: 1. zum Kommandanten des öffentlichen Sicherheitsdienstes für den Kreis Czarnikau Herr Stanislaus Grudynski aus Czarnikau, 2. zum Komrat Herr Wladimir von Maczinski aus Stalkowo, 3. zum Bürgermeister der Stadt Czarnikau Herr Antoni Lesinski aus Czarnikau.“

„Befehl über Czarnikau Stadt und Land wird hiermit bis auf Widerruf der Delegationszustand verhängt. Alle Vergehen werden handrechtlich abgeurteilt. Alle Verloren, die sich im Besitz von Waffen jeglicher Art befinden, haben diese bis spätestens Dienstag,

den 7. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Czarnikau bei mir im Magistratsgebäude abzugeben. Wer nach diesem Zeitpunkt im Besitz von Waffen betroffen wird, wird unweidlich mit dem Code bestraft. Der Kommandant des Sicherheitsdienstes, Grudynski.“

Ein weiterer Befehl besagt: „Der Alkoholkonsum ist bis auf weiteres verboten. Zuwiderhandlungen werden strengstens bestraft. Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt. Der Kommandant.“

Dief Verordnungen kennzeichnen die Lage am ersten Tage der polnischen Invasion. Der polnische Staatstag zeigte sogar die Dreifachigkeit, eine Verzögerung von 90 Militärsperden am 8. Januar in Schönlanke anzukündigen. Die polnischen Pläne gingen dahin, über die Nege vorzudringen und Schönlanke und Schweißmühl, das ihnen erklärlicherweise wegen seiner strategischen Wichtigkeit besonders begehrt erscheinen mußte, zu besetzen. Schneidmühl erkannte rechtzeitig die polnische Gefahr. Schon am 3. Januar erließ der Magistrat einen Aufruf zur Bildung einer Bürgerwehr, denn in weitestem Maße nachkommen wurde. Eine mehrere hundert Mann starke Wehr konnte unter dem Kommando des Hauptmanns Gellom aufgestellt werden. Am nächsten Tage traten ebenfalls teilweise die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zusammen und bildeten zwei Bataillone, so daß einschließlich der Nege regulärer Truppenkörper 3000 Mann zur Verteidigung Schneidmühls bereit standen. Den Oberbefehl übernahm Major o. D.iewe, der letzte Kommandeur des Infanterie-Regiments 149.

Anders war die Lage in Schönlanke, das sich zunächst völlig abseits des Aufstandsgebietes glaubte. Doch als die Polen vor unermüdethaft beschleunigter Vorstöße nicht haltmachten, als sie erkannten, über die Nege vorzudringen und das drohende Gefährd einer vollständigen Besitzung in unmittelbarer Nähe rückte, da gelang trotz parteipolitischer Widerstände die Gründung einer Einwohnerwehr, die am 6. Januar von prominenten Persönlichkeiten der Stadt ins Leben gerufen und unter das Kommando des Hauptmanns Dr. Mandenbauer gestellt wurde. Dringende Hilfe der staatlichen und militärischen Behörden sollte angefordert werden. Der Zutritt zur Einwohnerwehr war freiwillig. Die wirklich im Dienst lebenden Mitglieder erhielten aus

häufigsten Mittel eine Entlohnung. Die Zahl der Meldungen wuchs täglich. Am 7. Januar erklärten die nachgehenden Körperstellen den Hausruf der Noba Endowa und die Befehle des Garnison- und Kommandanten hier rechtschaffen. Die Stadt und Dörfer sind heute und die nächst bei Tage gelegenen Dörfer erkannten die polnischen Verbindungen nicht an und trafen die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen. Der Belagerungsanstang wurde verhängt. Sämtliche Häuser mußten abgeben werden, Menschenansammlungen wurden verboten, und Personen unter 18 Jahren war das Betreten der Straße nach 8 Uhr abends unterlagt. Abgegebenen Befehlen wurden die Waffen zur Selbstverteidigung befallen.

Schon am 6. Januar war an den Kreisämter und das Generalkommando ein Telegramm gesandt worden, das die äußerste Notlage der Stadt schilderte, unerwartete militärische Hilfe, wenn auch nur von geringerer Stärke eintreffe, und die Möglichkeit des Selbsttötens die höchste Erregung der Bevölkerung hinderte. Am 9. Januar ging an das Generalkommando Stettin ein weiteres Telegramm mit der Bitte: „Senden Sie wenigstens Stabsoffizier, der die Verteidigung im Abschnitt leitet; Mannschaften und Waffen notwendig vorhanden. Obgleich äußerst gefährdet.“ Die Antwort besagte, daß unmittelbare Unterstützung nur von Schneidmühl möglich sei. Zunächst war in den Dörfern längs der Reke, die etwa von Stömen bis fast nach Silesien die Kampffront bildet, und die Operation des Selbsttötens notwendig durchgeführt worden. Der Vauntant Reke, ein Carnikauer, bemalte sich sehr um die Rückeroberung seiner Heimatstadt und wirth in den Rekeböden Freimüße. 30 deutsche Männer stellten sich ihm zur Verfügung, auch etwa 25 Schönlanke Freimüße wurden für den Plan gewonnen. Aus Schneidmühl hatte Reke nur eine kleine Abteilung Militär erhalten können. Trotzdem wagte er den Sturm auf Carnikau am 8. Januar. Vorbereitungsmaßregeln erit er mit rund 15 Mann in den ersten Morgenstunden dieses Tages an Schneidmühl, Romanow in Malsmühl, um vor ihm den Sturm auf die Stadt zu unternehmen, während die Schönlanke Abteilung von Reken hier in die Stadt einbringend versuchen sollte. Die Sturmtruppe der Abteilung Reke vermochte bis zum Markte vorzudringen, erlitt aber aus der jäh verteidigten katholischen Kirche und dem angrenzenden Häuserblock so starkes Feuer, daß der Angriff hier ins Stocken geriet. In den Kampf griff die Schönlanke Abteilung ein, die in Sturmrichtung aus der Richtung Hammer herbeieilte. Aber auch sie war in Schwach, um dem Kampf gegen die Deutschen Seite zu beeinflussen, zumal die Polen Verhinderungen aus der Umgebung erlitten, während die deutschseits erwartete Hilfe nicht eintraf. Wirkungsloses Feuer eines auf dem katholischen Kirchthurm aufgestellten Maschinengewehrs rief Verwirrung in den Reihen der Deutschen hervor. Der Rückzug wurde angeordnet, doch konnten die Schönlanke ihren gefallenen Kameraden Land mitnehmen. Paul Bandow gelang es, eine polnische Saboteur zu erobern, die jetzt im Hauptquartier des Reiches aufsucht, um die einseitige gegen die Deutschen Seite den Kampf mit 10 Strammigen nicht auf, die sie im Rathause hartnäckig verteidigten. Während die meisten Offiziere und 4 Mann entzogen konnten, ergaben sich die übrigen gegen Zulieferung freien Abzugs. Freier Abzug wurde späterhin nur denjenigen gewährt, die nicht Carnikauer Bürger waren. Drei der mutigen Kämpfer wurden interniert; sie werden späterhin noch erwähnt. Damit nahm der Kampf um Carnikau sein Ende. Viel Blut war geflossen. Außer einer Anzahl Verwundeter waren auf deutscher Seite 5 tote zu verzeichnen. Die Verluste auf gegnerischer Seite beliefen sich auf mehr als 35 tote und zahlreiche Verwundete.

Die Stellung der Polen war durch den Auszug dieses Kampfes gefährdet; es befand sogar die Gefahr, daß die Reke auszuscheiden und Verträge bis in die Obbahn und darüber hinaus machen würden. Wenn sich diese Vermutung nicht bestätigte, so lag das lediglich daran, daß in diesen Tagen in allen Abschnitten heftige Kämpfe tobten, die die Aufhebung größerer Jürgerkörper bei Carnikau unmöglich machten. Schwere Gefechte spielten sich bei Kolmar ab. Auch für Schneidmühl wurde die Lage kritisch. Doch die energischen Abwehrmaßnahmen der Schneidmühler Bevölkerung hielten die Polen von Angriff ab. Auch der polnische Versuch, auf Schneidmühl von Osten her wurde die Hilfe in erbittertem Gefechte gegen vielfache Übermacht abgewehrt.

Im Abschnitt Schönlanke wurden die Bürgerwehren der Orte bis weit über die Obbahn hin erweitert, und Befehle der Polen auf Schönlanke abzuschneiden. Die Zusammenziehung von Freimüßigen wurde auch schnell durchgeführt, und schon am Nachmittag trafen die ersten Abteilungen in der näheren Umgebung Carnikans ein. Schönlanke rief den Vortheiler Spielthöfer auf Rehmische zu Hilfe, der, obwohl er seit 30 Kilometer objektiv des Aufstandes wohnte, in kurzer Zeit mit einer ansehnlichen Abteilung freiwilliger Soldaten eintraf. Für den pflichterfüllten Beamten war es selbstverständlich, sich mit allen Mitteln dem Kampf zu widmen, entgegenzusetzen, zumal ein Teil der ihm unterstellten fiskalischen Abteilungen unmittelbar befehligt war. Der Pole befürchtete sich jedoch nur auf Abwehr der Angriffe und blieb in der Verteidigung. Hauptmann Spielthöfer arbeitete sich bis in die Nähe der Rekebrücke vor, mußte aber dann wegen des feindlichen Feuers von weitem Vorgehen Abstand nehmen. Auch ein anderer Trupp unter Führung des Vauntants Pab, der bei dem Schlachtort die Reke überschritt, wurde dem Angriff aufgeben.

Wuß diesen schweren Gefechtsstage machte sich auf beiden Seiten der Haug zu ertönen Verhandlungen bemerkbar. Beide Parteien suchten Zeit zu gewinnen. So kam denn am 9. Januar zwischen den

Polen und Vauntant Reke ein 48stündiger Waffenstillstand zustande. Schon am 10. Januar begannen weitere Besprechungen über die Einleitung der Verhandlungen. Die Stadt Schönlanke ließ hier den polnischen Botschaftern mitteilen, sie müßten mit den Vertretern der polnischen Besatzung Carnikau erneute Verhandlungen über den weiteren Zustand aufnehmen und schloge vor, am 11. Januar, mittags 1 Uhr militärische Bevollmächtigte zu entsenden. Auch zur Einleitung von Wirtschaftsverhandlungen sollten Bevollmächtigte namhaft gemacht werden. Verhandlungsort war das tote Haus am Carnikauer Rekebaum. Schon am Nachmittag traf die Antwort ein, die sich mit den deutschen Botschaftern einverstanden erklärte.

Am Abhause einer endgültigen Vereinbarung zur Herbeiführung geordneter und friedlicher Verhältnisse im Kreise Carnikau fanden sich am 11. Januar an der vereinbarten Stelle von polnischer Seite vier und von deutscher Seite sieben Vertreter ein, deren Repräsentationen ehrenrührig verifiziert und öffentlich anerkannt wurden. Für die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung über die Staatszugehörigkeit des Kreises Carnikau oder einzelner Teile desselben durch die zuständigen Staatsgewalten wurden im wesentlichen folgende Vereinbarungen getroffen, die als bedeutsame Quelle am Schluß dieses Aufsatzes im Wortlaut abgedruckt ist.

Die gegenseitigen Feindseligkeiten im Kreise Carnikau werden sofort eingestellt und die beiderseitigen Truppenkörper unerschützlich entfernt. Auf deutscher Seite sind die südlich der Reke stehenden Truppen zurückzuführen. Die Durchführung des Abtragsverfahren wird am 14. Januar durch eine gemischte aus je 2 deutschen und polnischen Militärs bestehende Kommission nachgeführt. Von beiden Seiten soll darauf hingewirkt werden, reguläre Truppenkörper nicht mehr anzuführen; sollte dies dennoch geschehen, so verpflichten sich die obersten Militärschefs in Schönlanke und Carnikau, sich hierunter unerschützlich zu verpflichten. Die Befehlsbefugnisse und Aufrechterhaltung der Sicherheit werden Bürgerwehren für die Bezirke Schönlanke und Carnikau aufgestellt, deren Grenze die Reke bildet. Beide Wehren sollen die Höchstzahl von je 100 Mann nicht überschreiten und möglichst konform tätig sein. Der dringlichste Änderung des Bestandes ist gegenfeitig nachrichtig zu geben. Die Carnikauer Bürgerwehr soll aus Polen, die Schönlanke aus Deutschen bestehen. Der Kommandant der Carnikauer Bürgerwehr hat bei allen militärischen Aufstellungen in Schönlanke und Carnikau, sich hierunter unerschützlich anzubringen, werden die Befehlsbefugnisse durch den Kreis zu regeln. Alle Zivilpersonen sind verpflichtet, ihre Waffen dem zuständigen Kommandanten der Bürgerwehr abzuliefern, der Ausnahmen gestattet kann. Die beiderseitigen Kriegsverfahren werden ohne Rücksicht auf die Zahlen entlassen. Ob Kriegs- oder Zivilgefangene dortortig, entscheidend eine gemischte Kommission. Auch alle Zivilgefangenen, gegen die begründeter Verdacht einer Thatbare Handlung nicht besteht, sind freizulassen. Die Zivilgefangenen dürfen während der Haft nicht inhaftiert werden und Gefangenensachen nicht abzugeben. Schwelmer verlor werden. Hauptsächlich bei im Rathause zu Carnikau gefangenen sechs Leute bildet die Vereinbarung bestehen, die dahin lautet, daß die nicht in Carnikau mochten drei Gefangenen sofort freizulassen sein, während die übrigen bis zur Regelung der staatlichen Verhältnisse in der Provinz Polen zu internieren und anständig zu behandeln seien. (Sachfällig war verprochen worden, sämtliche sechs gefangenen Leute freizulassen.)

Während der Verhandlungen erließen der Vauntant Reke und legte ein Schriftstück folgenden Inhalts vor: Der Vauntant Karl Reke hat von Garnisonkommando Schneidmühl den Befehl, den Ort Carnikau von den Polen zu befreien und deutliche Verbände einzusetzen.

Die beiderseitigen Vertreter nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und verpflichteten sich, von ihr zur Aufklärung der Bevölkerung weitestgehenden Gebrauch zu machen. Die Vertreter der Stadt Schönlanke erhoben gegen die Befehle der Kreisbehörden durch polnische Organe Protest. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde noch vereinbart, die durch die Unternehmung gegen Carnikau an öffentlichen Gebäuden in Schönlanke verursachten erheblichen Schäden an der Kreisregierung einzulösen und dem Kreise die Herauszahlung zu empfehlen. Von beiden Seiten wurde zugesichert, weitere Internierungen nicht mehr vorzunehmen. Der Vertrag, durch den die Feindseligkeiten eingestellt werden sollten, wurde durch die deutschen und polnischen Bevollmächtigten unterschrieben vollzogen.

Aus der von Vauntant Reke vorgelegten Erklärung ergab sich, daß die Schneidmühler Militärbehörden ihre Zustimmung zu dem Vertrag verweigerten. Schon am 12. Januar hob der Abschnittskommandant Major von Plew die getroffenen Beschlüsse auf und erließ folgenden Befehl: Alle polnische Truppen sind aus Carnikau zurückzuführen, die polnischen Zivilbeamten zu entfernen. Alle Waffen sind abzugeben, einschließend der Waffen der polnischen Bürgerwehr. Die Bekanntmachung der Verbündung des Belagerungsstandes ist in der Stadt in 300 Exemplaren anbringen und dafür zu sorgen, daß die in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen durchgeführt werden. Für Verhandlungen ist hinfür der Garnisonsteil Schneidmühs, dem der Kreis Carnikau militärisch unterstellt, zuständig. Die in Carnikau und Schönlanke befindlichen Wehren sind unerschützlich in Freiheit zu setzen. Es kam werden 37 polnische Gefangene freizulassen werden. Dieser Befehl blieb illusorisch, da keine Nachmittel zur Verfügung standen, die Anordnungen durchzuführen. Auch diesen Ereignissen begann der langwierige Wirthschaft an der Reke, der an die beteiligten Bürgerwehren erhebliche Anforderungen stellte. Der „Friedensvertrag“ wurde auch von beiden Seiten

kaum erst gemeldet, denn schon nach wenigen Tagen begannen die Polen erneut mit den Selbsttötungen. Gemäß den Abmachungen wurden am 12. Januar acht polnische Kriegsgelände, die in Schönlanke interniert waren, an die Wehrkräfte gebracht und entlassen. Allmählich erfolgte auch eine treffendere Organisation des Grenzflusses. Das Generalkommando teilte am 14. Januar mit, daß sein Garnisonkommando Schneidemühl ein Stabsoffizier mit Adjutanten für die Bürgerwehr abstellen werde, die sich aber verpflichten mußte, das Offizier als Beobachter mitzuberufen. Die Befehle wurden durch freiwillige Truppenkörper verkehrt, die sogar an den besonders bedrängten Stellen die Hauptarbeit übernahmen. Nicht alle Selbsttötungskörper trieb die Liebe zur Heimat an die Front. Häufig wurden Klagen über zu lockere Disziplin laut. Die noch und nach aufgestellten Grenzschutzbatterien fanden bei der Abwehr der polnischen Angriffe gute Verwendung. Wertvoll sei hierbei ins Gewicht, daß den Polen jede Artillerie fehlte. Der Ufshausland fand eine aus drei Schützen bestehende Batterie, die die Höhen von Mirosław landwärtlich beherrschte. Es wurden an die Vermittlung mehr als hundert Granaten hinübergebracht, die unter den polnischen Infanteristen große Verwirrungen anrichtete. Hier fand auch das einzige Gefäß Aufstellung, das den Polen bei Wind abgenommen war. Der 12. und 13. Januar waren Tage mit erhöhter Alarmbereitschaft. Die Polen versuchten mit ihrer Ausdauer Wehr zu führen. Es gelang ihnen auch, den Übergang bei Radolin-Kalkofen zu erzwingen. Aus der Hingegen wurden Freiwillige nach Wehr beordert. Ein Befehl des Schönlanker Kommandeurs an die Bürgerwehr Sakerbühne befragte, daß erhöhte Alarmbereitschaft geboten sei und 20 Mann zur Verstärkung sofort nach Wehr abziehen müßten. Auch die gesamte Schönlanker Wehr wurde unter die Waffen gerufen. An Wehr hatten die beiden Schönlanker Geschütze unter Leutnant Pax Aufstellung gefunden, die das jeweilige Wolkowitz befehloßen. In den folgenden Tagen gelang es auch den Infanteristen, sich dicht an Wehr herauszukommen und eine Selbsttötung zu befehlen. Nach harten Kämpfen wurde sie aber unter erheblichen Verlusten zurückgedrängt. Auf der polnischen Seite waren mit einer mehreren Verbände zu verzeichnen. Der Umstand, daß von polnischer Seite versucht wurde, die Selbsttötung zu betreiben, Maschinengewehre herauszugeben, läßt darauf schließen, daß es bei dem Segnen an Waffen und Munition sehr mangelte.

Anwählungen waren auch die Polen mit der inneren Organisation des Aufstanzgebietes sehr befaßt. Die Rotzelle Reda Wodowa in Polen erließ in drei Lagerzonen des Regierungsbezirks Bromberg Tzigein, die die Gründung eines Hauptregimentes mit dem Sitz in Polen und einer Reihe ihm nachgeordneter Bataillone mitteilte. Der Regierungspräsident erließ unter dem 17. Januar eine Bekanntmachung, nach der die R. K. V. keine Amtshilfe sei, die berechtigt wolle, Anordnungen zu erlassen. Ebenjensom sei das angebliche Hauptregimentesamt von dem Reichsernährungsamt eingeleitet oder anerkannt. Den Anordnungen, die diese Amt erlassen, solle daher jede Rechtsverbindlichkeit, alle Funktionen in Ernährungsangelegenheiten des Regierungsbezirks Bromberg liefe vorläufig das Regierungspräsident selbst sein. Am 20. Januar erfolgte ein Befehl der militärischen Leitung. Oben von Eber übernahm den Befehl über den Grenzschutzabschnitt Schneidemühl. Kommandeur des Unterabschnittes Schönlanke mit der eigentlichen Regesont wurde Major von Löffow. Hauptmann Kubach befehligte den Selbstschutz im Unterabschnitt Silehne. Die Anordnung wählten den Abschnitt Silehne und Schönlanke bildete die Linie Stradunser Str., Stieglitz, Püzig, Großer See bei Pfluhhausland; die genannten Orte abwärts zum Ufshausland. Regesontfähigkeit sollte dann im Februar ein Bürgerwehren der Regesont unternehmen im Verein mit zwei regulären Regiments ein Vorposten auf Komauhof und Wolkowitz am jetzigen Truppenort. Das Unternehmen gelang zunächst mit Hilfe von Kampfschiffen. Wolkowitz und Komauhof konnten besetzt werden. Der Übergang über die Wehr war bei Radolin erfolgt, von wo aus auch die Munition herbeigeführt wurde. Da bei der Gänge der neu vorgeschobenen Front und auch den zu erwartenden Gegenangriffen der Polen die Lage kritisch wurde, wurden Bürgerwehren der weiter rückwärts gelegenen Orte angefordert. Der Gegenangriff der Polen mit bedeutenden Truppenkörpern hatte Erfolg; der Rückzug mußte durch Feuerlöcher angetrieben werden. Dieser Vorstoß kostete hundert und drüben erhebliche Opfer. Mit größter Zähigkeit war gekämpft worden. Die Zahl der auf deutscher Seite Gefallenen betrug etwa 20; die Verluste auf gegnerischer Seite waren größer. Außer regulären Truppenkörpern hatten Freiwillige aus Sophienberg, Hammer, Puhig, Wodowa, Mißta, Radolin, Czerwieh, Wehr, Schönlanke, Karolina, Zeughaus und Silehne sich angefordert. Der Gegenangriff der Polen durch dieses militärische Unternehmen mußte nach mit weiteren Angriffen der Polen rechnen. Ihre Angriffsart war auch ersichtlich. Mitte Februar war die Organisation des aufständischen Teiles der Provinz Polen so weit gebildet, daß die Polen starke Kräfte mit zum Teil guter Bewaffnung ins Feld führen konnten. Ende Februar wurde dann die

Wehr als Demarkationslinie erklärt und die Feindseligkeiten eingeleitet. In der gleichen Zeit wurden auch auf deutscher Seite die Bürgerwehren ausgebaut. Die Stadt Schönlanke erließ am 18. Februar ein Ortsstatut betreffend die Einrichtung einer Bürgerwehr, die den Zweck haben sollte, Diebstahl, Raub und Plünderung zu verhindern und die polizeiliche Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu unterstützen. Zur Dienstleistung war jeder männlichen Einwohner von 22 bis 60 Jahren verpflichtet. Von der Dienstleistung befreit waren Beamte der Berufsämter, sowie Ärzte, Apotheker und ähnliche Personen. Die Stadtratsbeschlüssenversammlung genehmigte das Statut. Die Stadt wurde auch tags und nachts streng bewacht. Zwei Häufige Wachen wurden eingerichtet, bei denen heute je 31, am Tage je 21 Mann waren. Am Tage waren von jeder Wache je zwei Patrouillen unterwegs; nachts wurden die Patrouillen verläßt.

Auch im Unterabschnitt Silehne wurden verschiedene Vorhölle unternommen, die aber infolge der nicht einheitlichen Leitung wenig glücklich verliefen. Die Unterhölle gingen selbständig vor, wobei ihrer Truppen auf ihrer feindliche Kräfte häufig und schwere Verluste erlitten. Am Sommer 1919 wurden auch die Bürgerwehren, die der Heimat in schwerer Zeit gute Dienste erweisen hatten, aufgelöst, nachdem sie manche Wundlung durchgemacht hatten. Der Kampf wurde jetzt nur noch durch Worte und durch Proteste geführt. Das von den Polen einmal mit Waffengewalt in Besitz genommene Land verblieb ihnen auch nach dem Friedensvertrage.

Vereinsarbeiten.

Verhandelt am Abzehamten vor Carnikau, den 11. Januar 1919.
Zwecks Abschlußes einer ewiglichen Vereinbarung zur Herbeiführung geordneter und friedlicher Verhältnisse im Kreise Carnikau hatten sich hier heute eingefunden:

1. für die polnischen Streitkräfte im Kreise Carnikau
a) Herr Leutnant Gbislaw von Orlofski aus Schrimm
b) Herr Leutnant Chobdow von Wankini aus Pruslanowo;
2. für die deutschen Streitkräfte im Kreise Carnikau und als bevollmächtigt Vertreter des Garnisonkommandos Schneidemühl Herr Hauptmann Karl Moldenbauer aus Schönlanke;
3. für den polnischen Volkerrat in Carnikau
a) Herr Abgeordneter Bogdanow aus Walschewski aus Gumbitz,
b) Herr Rechtskandidat Wladislaw von Walschewski aus Carnikau;
4. für den deutschen Volkerrat Carnikau
a) Herr Rechtsanwalt Wäge aus Carnikau,
b) Herr Graf Wilhelm von Hohberg-Rußhof;
5. für den deutschen Volkerrat Schönlanke
Herr Direktor Dr. Otto Schönbek-Schönlanke;
6. für die Stadt Schönlanke
a) Herr Kammler, Bürgermeister Max Usher aus Schönlanke,
b) Herr Wagnersknechtler und Ratsherr Gullow Herrse aus Schönlanke,
c) Herr Pressler Otto Neumann aus Schönlanke als Vertreter der bürgerlichen Arbeiterschaft.

Die Legitimationen der erschienenen Herren wurden ehrenrätlich verifiziert und allseitig anerkannt.
Für die Zeit bis zur ewiglichen Entscheidung über die Staatszugehörigkeit des Kreises Carnikau oder einzelner Teile des Kreises Carnikau, welche durch die zuständigen Staatsgewalten zu treffen ist, wird folgendes vereinbart:

1. Die gegenwärtigen Feindseligkeiten im Kreise Carnikau werden sofort eingestellt. Die beiderseitigen Truppenkörper lind unterzählig aus dem Kreise zu entfernen. Auf deutscher Seite ist mit den Truppen föhlich der Wehr zu beginnen. Die Durchführung des Abtransportes soll am Dienstag, dem 14. Januar 1919, durch eine gemischte Kommission, bestehend aus je zwei deutschen und polnischen Militärs, nachgeprüft werden.

Es soll von beiden Seiten darauf hingewirkt werden, daß neue reguläre Truppenkörper im Kreise Carnikau nicht aufgestellt werden, jedoch die bestehende Truppenkörper sich für den deutschen Militärbehörden in Carnikau und Schönlanke und die Kommandeure der dortigen Bürgerwehren, falls genehmigt hieron unterzählig Nachricht zu geben.

2. Zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung der Sicherheit sollen Bürgerwehren für den Bezirk Carnikau und für den Bezirk Schönlanke aufgestellt werden. Die Grenze beider Bezirke wird durch die Wehr gebildet. Beide Bürgerwehren sollen die Höchstzahl von je 100 Mann nicht überschreiten. Der beiderseitigen Erhebung oder Herabsetzung des Bestandes ist gesetzlich nachrichtig zu geben. Beide Bürgerwehren sollen möglichst konform tätig sein.

Die Bürgerwehr in Carnikau soll aus Polen, die in Schönlanke aus Deutschen bestehen. Der Kommandant der Carnikauer Bürgerwehr hat bei allen wichtigeren Entscheidungen eine deutsche Vertrauensperson hinzuziehen, welche von der beiderseitigen Volksrat in Carnikau zu befehlen ist. Es soll angeordnet werden, daß die Wehrungsfrage durch den Kreis geregelt wird.
5. Alle Zivilpersonen sind verpflichtet, ihre Waffen an den zuständigen Kommandanten der Bürgerwehr abzuliefern. Dieser bestimmt, welchen Personen ausnahmsweise die Waffen zu belassen sind. Für die Dauer von sechs Wochen von heute ab sollen Ausnahmen nur in dringenden Fällen zugelassen werden, insbesondere zu Fortschaffungsarbeiten und für die Beamten des öffentlichen Sicherheitsdienstes.

4. Die beiderseitigen Kriegsgefangenen sind sofort gegenseitig zurückzugeben, und zwar ohne Rücksicht auf die Zahlen. Ob Kriegs- oder Zivilgefangenschaft vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen eine Kommission, die aus je zwei deutschen und polnischen Offizieren, je zwei Gemeinen und je einem Juristen sich zusammensetzt und am Montag, dem 13. Januar 1919 im Kreisstädtel, nachmittags 3 Uhr, zusammentritt. Die Kommissionsmitglieder werden durch die beiderseitigen Wehrkreise ernannt.

Diese Kommission stellt auch unverzüglich Ermittlungen darüber an, ob gegen die internierten Zivilgefangenen begründeter Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. Stellt sich heraus, daß ein solcher Verdacht nicht besteht, so sind die betreffenden Zivilgefangenen sofort freizulassen. Binnen zwei Wochen treten die heute Erhienenen erneut zusammen, um über die weitere Behandlung der verdächtigen Zivilgefangenen zu beschließen.

Die Verhandlungen der Untersuchungskommission werden durch einen Juristen geleitet unter Vorsitz eines Offiziers. Bei der Abstimmung gibt der Vorsitzende dem Ausschuß, dem Vorsitz führt aber weiterhin ein deutscher und ein polnischer Offizier. Die Zivilgefangenen dürfen während der Haft mit Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs durch Schweltern versorgt werden, denen freies Gehen und juristisch zugesichert wird.

Schließlich der im Rathaus zu Czarnikau gefangenen sechs Leute bleibt die unter Sinaubung des Herrn Sinent von Kaszinski, des Julars "Dziwajewi und des Rechtsanwalts "Bige getroffene ehrenwörtliche Vereinbarung bestehen. Diese Vereinbarung lautet dahin, daß die nicht in Czarnikau inhaftierten Gefangenen (der sofort freizulassen seien, während die übrigen bei der Regelung der haushälterischen Verhältnisse in der Provinz Polen zu internieren und anfänglich zu behandeln seien.

Zum Punkt 4 wird von dem anwesenden Herrn Leutnant Reike ein Schriftstück überreicht, das folgenden Inhalt hat:

Schneidmühl, den 13. Januar 1919.

Ausweis:

Der Leutnant Karl Reike, Czarnikau, hat vom Garnisonkommando den Befehl, den Ort Czarnikau von den Polen zu befreien und deutsche Behörden einzusetzen.

Sür die Richtigkeit

gep. Unterschrift, Major.

Siegel.

Preußens friedliche Eroberungen im 19. Jahrhundert.

Von H. Strakat.

Wenig bekannt ist, daß der preussische Staat seinen Flächenraum nicht allein durch die bekannten großen Kriege des vorigen Jahrhunderts, sondern auch auf friedlichem Wege vergrößert hat. Die Völkervermehrungen bis 1815 fanden mehr oder weniger unter dem Druck kriegerischer Ereignisse, diejenigen der nächsten fünfzig Jahre geschahen in friedlicher Weise und sind deshalb mehr andeutscht geblieben.

Im Jahre 1815 umfaßte das Königreich Preußen einen Flächenraum von 4963,6 Quadratmeilen mit 10 295 000 Einwohnern; hierzu kamen die in der Schweiz liegenden Fürstentümer Neuenburg und Valengin mit 13,9 Quadratmeilen und 51 000 Einwohnern.

Der zweite Pariser Friede vom 20. November 1815 und einige Sonderverträge, so vom 8. September 1816 und 21. Mai 1819 mit dem Großherzog von Meklenburg-Strelitz, in den Jahren 1816 und 1817 mit dem Grafen von Deynau, vom 30. Juni 1816 mit dem Großherzog von Hessen-Darmstadt, vom 15. und 19. Juni 1816 mit den Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, ferner die Grenz- und Ausgleichsverträge mit den Niederlanden, im Auftrage für das Königreich Venedig und dem Königreich Sachsen in den Jahren 1816, 1817 und 1819 ergaben zusammen nur eine Vergrößerung des Staatsgebietes um 29,5 Quadratmeilen mit 116 000 Einwohnern, wobei besonders eine Abrundung der Rheinprovinz im Moselland und Saargebiet erfolgte. Diese Vergrößerung seines Flächenraumes hat dem preussischen Staate an Gebirgsabstümpfen mehr als 2 500 000 Taler gekostet.

In den folgenden 17 Jahren bis 1834 betrug die Bevölkerung wohl auf 15 100 000 Köpfe vergrößert, aber ohne daß man Grenzveränderungen, noch gleich welcher Art, vorgenommen hatte, war der Flächeninhalt des Staates nach den genannten amtlichen Berechnungen auf 5062,9 Quadratmeilen angewachsen, also 47,9 Quadratmeilen größer als im Jahre 1815. Diefem ansehnlichen Zuwachs verdankte man vor allem den sorgfältigen topographischen Aufnahmen, die hundertfach ausgeführt wurden und die den vorzunehmenden Eilen arbeitenden Regierungsbekräftigen in Sachsen und am Rhein allein 36,3 Quadratmeilen lieferten; von dem Rest kam der größte Teil, etwa 9,3 Quadratmeilen, auf Ost- und Westpreußen.

Durch den Vertrag vom 31. Mai 1834 erwarb der preussische Staat von dem Herzog von Sachsen-Gotha-Gotha das ihm nach dem Wiener Kongreß und der Abtreibung mit Preußen vom 9. September 1816 im früheren französischen Saarpdepartement zugewiesene, also nun von der preussischen Rheinprovinz eingeschlossene Fürstentum Scharburg mit 10,5 Quadratmeilen und 35 250 Einwohnern. Die Kaufsumme betrug 80 000 Taler; man gab dafür einige preussische Domainen ab und zahlte den Rest in bar an das herzoglich Sachsen-Rothburger Haus.

Die beiderseitigen Vertreter nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und verpflichteten sich, von ihr zur Aufklärung der Bevölkerung weitestgehenden Gebrauch zu machen.

5. Die Vertreter der Stadt Schönlanke erheben gegen die Verlegung der Kreisbehörden durch polnische Organe Protest.

Der amtliche Verkehr mit dem Landratsamt soll aufrechterhalten werden, ebenso möglichst der mündliche Verkehr. Weitere bestimmte Vorstöße werden binnen einer Woche gemacht.

6. Die durch die Unternehmung gegen Czarnikau an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen entstandenen Schäden und die Schäden der Kreisangehörigen, Sinterbüchsen der Gefangenen sollen bis zur entgeltlichen Regelung durch die berufenen staatlichen Stellen sofort nach billigen Grundätzen durch eine besondere Kommission festgesetzt und dem Kreise zur Veranschlagung empfohlen werden. Die Zusammenlegung der Kommission erfolgt durch die beiderseitigen Wehrkreise. In derselben Art sollen auch, wenn es die Billigkeit erfordert, die entstandenen Sachschäden von Privatpersonen einzustellen ersetzt werden.

7. Der von den polnischen Behörden verkündete Befestigungszustand wird binnen six Stunden aufgehoben; es bleibt jedoch den Kommandanten der Bürgerwehr überlassen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit nach Lage der Sache erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

8. Die deutsche Kreisbevölkerung wird bei der Ausübung ihres Wahlrechts für deutsche und preussische Räteauswahlkommissionen durch die polnischen Organe in keiner Weise beeinträchtigt werden.

9. Es wird ausdrücklich von beiden Seiten zugesichert, daß weitere Unternehmungen jeglicher Art unter keinen Umständen erfolgen werden.

10. Die Herren von Orłowski und Moldenbauer verpflichten sich für die Streitkräfte, die Stamen aller gemachten Gefangenen, getrennt nach Kriegs- und Zivilgefangenen, über gebildeten Untersuchungskommission zu Händen des Rechtsanwalts "Bige bis Montag, den 13. Januar 1919 früh mitzuteilen.

Vorgelesen Gezeichnet Unterschriften

geg. v. Orłowski, o. Cakinski, Moldenbauer;
geg. Wechsung, v. Polissky, v. Kaszinski, "Bige;
geg. v. Homburg-Ruffsch, Dr. Schönke;
geg. Alfer, G. Seife, Otto Rumann.

Nach der Verfassung durch die preussische Regierung am 22. September 1834 bildete sie daraus den Kreis St. Wendel. Der frühere Besitzer hatte mit dem Kauf ein gutes Gehalt gemacht, aber auch die preussische Regierung, welche schon damals die Einkünfte nach Möglichkeit besteuern wollte, war zufrieden. Der preussische Staat hatte am Schluß des Jahres 1834 einen Gesamtflächeninhalt von 507,3 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 13 545 000 Einwohnern.

Amphien Hannover und Preußen wurde am 25. November 1837 ein Kaufvertrag geschlossen, nach welchem sechs bisher gemeinsam verwaltete Dörfer in preussigen Besitz übergingen. Ein ähnlicher über 17. Mai 1850 mit dem Fürsten von Teppe-Desmold abgeschlossen Vertrag betraf die Stadt Eppringne, welche nach Aufgabe der bannrechtlichen Rechte vollständig an Preußen fiel.

Wichtigster war der am 2. Dezember 1840 geschlossene und am 12. März des folgenden Jahres genehmigte Vertrag mit dem briden Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, nach welchem deren Länder an den preussischen Staat fielen, und zwar Sigmaringen mit 15,8 Quadratmeilen und 47 700 Einwohnern, Hechingen mit 5,8 Quadratmeilen und 21 150 Einwohnern. Die Verträge, abgedruckt in der Preussischen Gesetzsammlung vom 1850 Nr. 21 und im Preussischen Staatsantrag vom 8. April 1850 Nr. 108, bestimmen, daß die beiden Fürsten nach Abtretung aller landesherrlichen Rechte an den preussischen Staat Abtretungen erholten und über der Abtretung jährlich 10 000 Taler auf Lebenszeit und die Hälfte davon nach seinem Tode als lebenslängliche jährliche Rente an den nächsten Erben, der Sigmaringer 25 000 Taler in derselben Weise; hier sollte aber die ganze Rente an die Nachfolger jährlich weitergegeben werden. Diese Erwerbung gewann besonders Bedeutung dadurch, daß die Stämme der regierenden Königsfamilie in den Besitz des preussischen Staates kamen. Diefel hatte am Schluß des Jahres 1849 nach den amtlichen Berichten einen Flächeninhalt von 5184,2 Quadratmeilen und eine Einwohnerzahl von 16 331 187 Seelen; im Jahre 1854 hatte man durch genauere topographische Messungen 9,9 Quadratmeilen mehr festgestellt, als man vorher angenommen hatte.

Als letzte der friedlichen Eroberungen des preussischen Staates kann man die Erwerbung der 59 Ecker großen Insel Helgoland ansehen, die vorher in englischem Besitz war. Für diese Insel trat das Deutsche Reich im Jahre 1860 an England die Schutzrechte über die beiden an der früheren Deutsch-Dänischen Küste gelegenen Inseln Sankt Peter (1660 Quadratkilometer, 11 000 Einwohner) und Breda (980 Quadratkilometer, 85 000 Einwohner) ab und im Jahre 1892 ging die Insel aus dem Besitz des Deutschen Reiches in den des preussischen Staates über.

Deutschlands Antwort auf die Polenbund-Beschwerde.

Dem Völkerbundrat liegt seit Dezember 1931 eine Beschwerde des Polenbundes, Kollaborat I in Oppeln, vor, die auf Grund des Art. 147 des Genfer Oberflächens-Abkommens von 1922 über die angebliche Verdrängung der polnischen Minderheit durch die deutschen Behörden Klage führt. An der Beschwerde werden Befreiungen in manigfaltiger Art gegen die reichsübliche Verwaltung, auf Schulpolitischen, wirtschaftlichen und politischen Gebiet erhoben, jenseit in sehr allgemeiner Form ohne Vorbringen tatsächlicher Belege, aber auch unter Anführung von Einzelfällen, die zum größten Teil bereits Jahre zurückliegen und längst geregelt sind. Das Eigenartige an der Beschwerde ist, daß sie sich nicht auf Vorgänge in Deutsch-Oberschlesien beschränkt, daß die Bestimmungen des Genfer Abkommens unterstellt ist, jenseit darüber hinaus die Lage der polnischen Minderheit in den anderen Bundesstaaten Preußens — in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, in Ostpreußen, Westfalen und Berlin — bemängelt, für die Deutschland minderheitenrechtliche Verpflichtungen internationaler Art überhaupt niemals übernommen hat.

Die jetzt in Genf überreichte, vom Staatssekretär von Bülow gezeichnete Antwort der Reichsregierung legt in ihrem ersten Teil in klarer Form formelle Rechtsverweigerung gegen den Versuch des Polenbundes ein, vor dem Völkerbund Oberflächens-Abkommen zum Gegenstand der Klage beim Völkerbund zu machen. Trotzdem wird in der deutschen Note zu informativen Zwecken, um die Unrichtigkeit der polnischen Behauptungen darzutun und die einwandfrei liberale Minderheitenpolitik im ganzen preussischen Staatsgebiet zu beweisen, auch auf die Lage der polnischsprechenden Bevölkerung in den übrigen preussischen Provinzen eingegangen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß hierin kein Präjudizfall erstellt werden darf, der etwa für die Zukunft eine Zuständigkeit des Völkerbundrates für innerdeutsche Minderheitenfragen außerhalb Oberflächens-Abkommens begründen könnte.

Im zweiten Teil der deutschen Antwortnote wird in den Beschuldigungen der polnischen Beschwerde im einzelnen ausführlich Stellung genommen. An Hand eines reichhaltigen Belegmaterials wird nachgewiesen, daß die Behauptungen des Polenbundes über eine feindselige Einstellung der deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung gegenüber der Minderheit nicht auf Wahrheit beruhen. Was insbesondere das Schulwesen anbelangt, so wird betont, daß die schulpflichtige relativ schwache Entzweiung des polnischen Minderheitsgebietes in Preußen auf die vielfache Rücksichtnahme ist, daß auch dem polnischen Volkstum angehörende Eltern ohne jede Beeinträchtigung aus praktischen Gründen der deutschen Schule den Vorzug geben. In Deutsch-Oberschlesien bestehen neben privaten Schulen 49 öffentliche Schulen, von denen jedoch 24 zurzeit außer Betrieb sind, da sie langsam keine Kinder mehr zu Besuch angemeldet werden. Im übrigen Preußen bietet die Versorgung durch das Minderheitsschul-

wesen von 1928 der polnischen Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Kinder allein nach Maßgabe des Willens der Erziehungsberechtigten hundertprozentig in polnische Schulen zu schicken.

Der Behauptung der Beschwerde über eine angebliche Verbindung der freien Willenskundgebung bei den Parlamentswahlen wird die Tatsache entgegengestellt, daß auch die Deutschen selbstpartei bei keiner der vielen Reichs- und Landtagswahlen der letzten zehn Jahre jemals überwiegend gewählt worden ist. Ebenso werden nachdrücklich zurückgewiesen die Behauptungen hinsichtlich angeblich erzwungener Umbenennung polnischer Ortsnamen in Ostpreußen und, hinsichtlich des Gebrauchs der polnischen Sprache bei Gerichtsverhandlungen, hinsichtlich angeblicher Vereinträchtigung des religiösen Lebens der Minderheit und besonders ausführlich auch die Klagen über angebliche Verdrängung ihres Wirtschaftslebens.

Die deutsche Note beschränkt sich jedoch nicht auf eine ausschließliche Widerlegung der polnischen Behauptungen, sondern sie hebt auch ausdrücklich auf die Ursachen ein, die tatsächlich die beklagte Spannung zwischen der polnischen Minderheit und der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen veranlaßt haben. Es wird auf die Propaganda des großpolnischen Gedankens in den Grenzgebieten und auf die Unklarheit der polnischen Minderheitsführer hingewiesen, die auf die künstliche Erschaffung einer Minderheit inmitten der deutschen Bevölkerung ausgeht. Diese Minderheit wird durch die unangenehme statistisch belegte unkruppelle Mehrheit der polnischen Bevölkerung durch heranziehende Minderheitsagitatoren und politisierende Schulträger, die durch Zulassung sozialistischer Parteien die Eltern zur Anmeldung ihrer Kinder bei polnischen Schulen zu bewegen suchen, bei der deutschen Mehrheit immer wieder Verunsicherung und Erbitterung hervor. Dieses Verhalten der polnischen Minderheit und ihrer Führer erklärt die festgehende Erregung der Bevölkerung, wie auch die nicht erlösende Zustellung in den schweren Störungen der öffentlichen Ordnung, geführt hat, die dem Ausschuss in Jelmobno (Ostpreußen) im Dezember v. J. zu verzeichnen gemeldet sind. Die Reichsregierung sieht sich ferner zu der Feststellung veranlaßt, daß die Illegalität der polnischen Minderheitsorganisationen durch Veranlassungen jenseits der deutsch-polnischen Grenze genährt wird, wo in sog. „Ausbildungsakademien“ aus Deutschland eintreffenden polnischen Minderheitsangehörigen irrendenartigen Tendenzen eingeimpft werden. Ein als Anlage beigefügter Bericht über die Tätigkeit der in der Provinz Ostpreußen Oberflächens-Abkommen ist ein erschöpfendes Bild von dem Umfang dieser gefährlichen Nachschubstation. Die Denkschrift schließt mit dem Hinweis, daß niemand wärmer als die deutsche Regierung eine harmonische Zusammenarbeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Deutschen Reich begrüßen würde, daß aber die notwendige Voraussetzung hierfür eine innere Umstellung und eine positive Eingliederung der Polen ins deutsche Staatsleben sei.

Bessere Zugverbindung für den Olfen im Sommerfahrplan.

Su der unter dieser Überschrift in Nr. 14 veröffentlichten (aus der „Woll. Ztg.“ entnommenen) Notiz erhalten wir aus Danzig folgende Mitteilung:

Die Notiz von der Besserung der Zugverbindung nach dem Olfen entspricht leider, soweit es sich um eine neue Durchgangsverbindung Ostpreußen (Königsberg) — Berlin — Weidelsdorf (Püßelhof) handelt, nicht den Tatsachen. Richtig ist wohl, daß der aus der Richtung Stettin in Berlin, Stettiner Bahnhof, einströmende D 20 im Sommerfahrplan um 15.32 Uhr in Berlin eintrifft und, daß so der Anbruch zu dem am 16.20 Uhr vom Potsdamer Bahnhof abfahrenden D 45, Berlin — Maaßberg — Hannover — Dortmund — Effen — Püßelhof, fähergeht ist. Aber der erste Zug, der mit dem D 24, Königsberg — Danzig — Berlin, verkehrt, verläßt, am 9.04 Uhr von Königsberg ab, jedoch erst um 21.12 Uhr in Berlin, Stettiner Bahnhof, eintrifft. Der nachmittags in Berlin einströmende Zug beginnt erst in Stolp, bisher allerdings in Lauenburg, er wurde kürzlich aus Erparnisgründen nach Stolp als „Ausgangs- und Endstation“ zurückverlegt.

Aus Königsberg kann man über Cg frühstens mit dem von Königsberg um 9.59 Uhr abfahrenden D 2 über Schneidemühl um 19.20 Uhr in Berlin, Friedrichstraße, eintrifft. Zu dieser Zeit ist natürlich kein Cagsauskunft zum Westen zu erreichen, sondern der betreffende Reisende muß auf die Nachtzüge, die zwischen 21 und 23 Uhr abfahren, warten.

Die Angaben für die Gegenrichtung sind auch insofern richtigzustellen, als abgesehen von dem Umwege nach Königsberg über Stettin (3—4 Stunden Zeitverlust), schon heute über Schneidemühl eine Cagsverbindung zum Effen und Dortmund nach Königsberg besteht. Man fährt von Effen um 6 Uhr ab, trifft mit D 39 um 14.35 Uhr in Berlin, Potsdamer Bahnhof, ein, verläßt um 14.55 Uhr von der Friedrichstraße weiter und trifft nach um 23.17 Uhr in Königsberg ein.

Ferner kann einmal grundsätzlich die Frage einer durchgehenden Verbindung, also ohne Bahnhofswechsel in Berlin, vom Olfen nach dem Westen angechnitten werden. Man braucht wohl nicht die wechsel-

seitigen Beziehungen zwischen Westfalen, Rheinland und den Ostgebieten noch zu betonen. Wenn die Fahrzeit für gewöhnliche Schnellzüge nurzeit von Berlin nach Köln und Königsberg je 9 Stunden beträgt, läßt sich eine durchgehende Cagsverbindung leicht schaffen. Vom Dortmund aus kann man 15—16 Stunden reine Fahrzeit nach Königsberg rechnen. Der einzige Zug, der von Westdeutschland über Berlin hinausführt, ist der Schnellzug Paris—Köln—Berlin—Wormher, wenn man vom Nordexpress mit dem gleichen Ziel absteigt. Ammerbia hat man von Dortmund und Köln wohl durchlaufende Verbindungen nach Wormher, aber keine nach Königsberg und Danzig.

Danzig übrigens kann nach der besonders schiefen Verkehrsverbindungen mit dem Westen klagen. Der erste schnelle Nachtzug tags-ü-D 39 Berlin—Königsberg hat keine leichterkennbaren Anknüpfung nach Danzig, kommt also für Reichsbahnbesitzer als Cagsverbindung Westdeutschland—Danzig gar nicht in Frage. — Die Züge aus dem Westen und aus dem Olfen enden und beginnen in Berlin auf der Stadtbahn. Es ist die einzige Möglichkeit, indem überhaupt über Berlin hinaus durchgehende Züge fahren zu lassen. Des Morgens zwischen 7 und 9 Uhr etwa, da aus allen Richtungen die Züge auf der Stadtbahn eintriften, werden mitunter beide Endpunkte der Stadtbahn auf den Bahnhöfen für beide Richtungen benutzt. Die Züge aus Schneidemühl, Polen, Breslau fahren bekanntlich bis Charlottenburg durch, die Züge aus Hannover und Sangerhausen bis zum Schleifens Bahnhof. Wenn nur einzelne Züge über Berlin durchgeführt werden würden, würde die Stadtbahn schon wesentlich entlastet werden. Man schreibt so viel und betont so oft die Schicksalsverbundenheit von Ost und West, da bringe man doch auch die beiden Enden näher. Darum sollte man durchaus in Erwägung ziehen, mindestens einen Zug von Berlin nach Königsberg und einen von Köln nach Danzig — Western fahren zu lassen. Beide Grenzländer sollen nicht nur der Reichshauptstadt, sondern auch dem ganzen Reihe nähergebracht werden. Möglich ist es ja nur über die Stadtbahn durchlaufende Züge laufen zu lassen, mochte man doch von dieser Möglichkeit Gebrauch.

H. R., Danzig.

Von der Offhilfe.

Die Verwertlungsmöglichkeiten der Offhilfe-Entschuldungsbriefe.

Nach dem neuen Offhilfe-Entschuldungsverfahren wird der Hauptteil der abfindenden Gläubiger durch Ausbündung von Offhilfe-Entschuldungsbriefen der Deutschen Rentenkbank befriedigt werden. Für die abgefundenen Gläubiger bleibt daher ein lebhaftes Interesse, angemessene Verwertungsmöglichkeiten für die in ihre Hände gelangenden Entschuldungsbriefe zu finden. Es haben deswegen in letzter Zeit mit den in Betracht kommenden Stellen eingehende Verhandlungen stattgefunden, die namentlich zu einem befriedigenden Abschluß gebracht sind. Es ergibt sich hiernach folgendes Bild: Soweit die Entschuldungsbriefe an Gläubiger aus dem Kreis des organisierten Personalcredits anfallen, werden die Spitzeninstitute des landwirtschaftlichen Kreditis, vor allem die Deutsche Rentenkbank-Kreditanstalt, die Entschuldungsbriefe an Zahlungen statt von ihren Schuldnern annehmen. Auf diese Weise wird Zahlungsmittel im Betrag von 100 Millionen Mark Entschuldungsbriefe untergebracht werden. Für weitere 100 Millionen Mark Entschuldungsbriefe, und zwar insbesondere mußten der nicht zu der Gruppe des organisierten Personalcredits gehörenden privaten Gläubiger, wie Händler, Bankiers, Maschinenfabriken usw., ist die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Diskontokredits bei der Deutschen Rentenkbank unter gleichzeitiger Vereinsabgabe der Schuldverreibungen gegeben. Dieser Diskontokredit kann bis zur Befriedigung der Forderungen prozentfrei im Rahmen von 100 Millionen Mark Entschuldungsbriefe bei der Reichsbank zu lombardieren, und zwar nach den Lombardbedingungen der Reichsbank zu 50 v. H. des Nennwertes, so daß also die Papiere bei der Lombardation zu pari bewertet werden. Schließlich sind auch die Reichsbank, soweit sich in ihrem Vorteil die Wechsel befinden, die die Unterseite eines im Entschuldungsverfahren fanierten Wechseltragers tragen, zur Befriedigung der Wechselinhaber die Entschuldungsbriefe als Zahlungen statt annehmen. Auch hierbei wird es sich um einen erheblichen Millionenbetrag handeln. Berücksichtigt man schließlich, daß vielfach eine Reihe von Gläubigern, wie Versicherungsträger, Banken und Sparkassen, die infolge ihrer kurzen Laufzeit und ihrer effizienten Sicherung hoch zu bewertenden Wertpapiere als Anlage im Portefeuille behalten wird, und daß im nächsten Jahr, in dem erst die Entschuldungsaktion zum Abschluß kommen wird, bereits in erheblichem Aus-

maß die Tilgung der Entschuldungsbriefe einsetzt, so kann angiebt der gelichteten Refinanzierungsmaßnahmen wohl gesagt werden, daß für den zu erwartenden Umlauf an Entschuldungsbriefen eine ausreichende Verwertungsmöglichkeit gegeben ist. Es besteht daher für keinen der abgefundenen Gläubiger die Gefahr einer Veranlassung, eine Abholung der hochwertigen Entschuldungsbriefe zu ungünstigen Bedingungen vorzunehmen.

Offhilfe und Rentabilität.

Am 9. April fand in Schweidnitz die diesjährige Vollversammlung der Landwirtlichkeitskammer für die Grenzmark Polen-Westpreußen statt, in der stellvertretende Vorsitzende der Kammer, Gutbesitzer Sanktleben-Ärnsele über die Offhilfe u. a. folgendes ausführte: Die Offhilfe habe leider nicht die Erwartungen erfüllt, die man an sie geknüpft habe. Zwar ist die Arbeit der Behörden mit Dank anzuerkennen, doch könne die Landwirte mit dem Erreichten nicht zufrieden sein. 60 000 Betriebe befänden sich unter dem Schutz der Offhilfe. Der Landwirtlichkeitskammer seien im Zusammenhang mit der Offhilfe Befragungen aufgeführt worden, wie Ertragsänderungen, Ertragsminderungen, Ertragssteigerungen usw., die bisher noch in keinem annehmbaren Verhältnis zu den Vorteilen stehen. Es müßte intensiver daran gearbeitet werden, weitere Erleichterungen zu erwirken. Besonders die Senkung der Romanzallagen und die Frachtsenkung auf die Kreis-Stationen seien zu erwägen. Leider ist die Frachtsenkung auf die Kreis-Stationen nicht durchzuführen, da die Frachtsenkung auf den Kreis-Stationen und die Erleichterung des als eine Härte, daß sie nicht in die Senkung miteingepreist wurden.

Der Redner kam dann auf die gegenwärtigen Rentabilitätsverhältnisse zu sprechen. Die Preise für Weizen und Roggen seien annehmbar, jedoch nicht für alle anderen Erzeugnisse, insbesondere nicht für Vieh und Schweine. Wenn die Viehpreise noch einige Zeit derart niedrig blieben, dann ist ein Abziehen bäuerlicher Betriebe in größter Umlage nicht zu vermeiden. Gegenwärtig wird mit einer Umlage von 60 v. H. pro Hektar und Hektar gearbeitet. Eine Senkung der Ausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen um je 10 Prozent würde durchschnittlich den Ausgleich herbeiführen, aber nicht die Rentabilität. Auf der Welt-Ebene könnten insbesondere nicht die Betriebe im Osten gehalten werden. Im Durchschnitt klappt noch eine Preisdifferenz von 24 Punkten zusammen gegenüber der Landwirte; im Osten ist diese Preisdifferenz noch größer.

Der Fall Werner.

Auf der Berliner Stadtorbundenversammlung wurde am 7. d. die Anfrage der deutschen Nationalen Stadtorbundenfaktion über den Stadtorbunden Werner aus Berlin-Steglitz behandelt. Die Deutschen Nationalen im Berliner Stadtparlament hatten bekanntlich den Antrag gestellt, Werner wegen seiner wesentlichen Beteiligung an der Auslieferung Weimarschels an die Polen aus dem Berliner bürgerlichen Schuldienst zu entlassen. Der deutsche nationale Antrag wurde von dem Stadtorbunden der Arbeiter ausführlich begründet. Der Stadtorbunden Werner blieb durch das nicht überlegte Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte gerichtet. Auch Anderson, der unter Änderung seines deutschen Namens polnischer Bundesführer gewesen und schließlich wegen eines Diebstahls aus Polen ausgewiesen sei, siehe noch heute im Schuldienst. Der Berliner Stadtorbunden hat jedoch teilte mit, daß das Material über die erste Beratung des Polles in der Berliner Stadtorbundenversammlung dem Provinzial-Schulkollegium vorgelegt worden sei. Damals habe man im VSK ein rechtskritisches Urteil abwarten wollen. Inzwischen sei die Anwesenheit erneut dem Kultusminister unterbreitet worden, der sich Entschlossenheit ausgesprochen habe. Man werde den Minister nochmals wegen der Schwere der Beschuldigungen um baldige Entfesselung ersuchen.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Croßen. Im „Rarlshof“ lagte am 3. d. die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe. Groß der angekündigten Vorbereitungen einer interreligiösen Schmalzlinie durch Schulrat Meißner war der Besuch nicht in der Form, wie in erster Linie vorgesehen war, das ausnahmsweise prächtige Frühlingwetter zurückzuführen war, das gar zu sehr zu Spaziergängen verleitet. Auch Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Stadtrates Weimarschwarzbach, erhaltete der Schriftführer, Sparkassenleiter Schöneich, den Jahresbericht. Er erfolgte im wesentlichen folgendes: Trotz der für die Mitglieder immer schwieriger werdenden Wirtschaftsverhältnisse ist versucht worden, den Veranstaltungen durch Vorträge oder durch Film- und Lichtbildvorführungen einen belebenden Anreiz zu geben. Neben der Schreinerarbeiten wurde auch ein Fest gegeben, bei dem Mitgliederversammlungen und die traditionelle Weihnachtsfeier statt-

gefunden. Von einer Beitragsrechnung wurde abgesehen, da der Beitrag der Ortsgruppe ohnehin niedriger als in jedem anderen Orten ist. Dem Rechnungswesen wurde vom Bekanntheitsbereich der Weimarschen Entlassung erteilt. Unter Leitung von Lehrer a. D. Wolff wurden dann die Vorhaben ausgearbeitet, wobei sich gegen das Verbot keine Veränderungen in den wesentlichen Ämtern ergaben. Dem Ortsgruppenvorstand gehören weiterhin an Stadtrats Weimarschwarzbach als Vorsitzender, Sparkassenleiter Schöneich als stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer, Kaufmann Dießig als Schatzmeister, Schulrat Meißner als Kulturpfleger. Nach einem kurzen Zwischenruf, bei dem dem Ortsgruppenvorstand wieder neue Aufträge gegeben werden könnten, wobei u. a. die Veranstaltung eines Werbeabends in Aussicht genommen wurde, führte Schulrat Meißner noch einige erläuternde Vorträge über die kulturelle Mission des Schmalzlinien, was der örtliche Sinne vor, einen geographischen Naturfilm, der die Zulassung in das Gebiet der oberbairischen Seen in Opreußen führte, und einen geballten Spielfilm „Der Kampf um die Scholle“. Aus beiden Vorträgen gewann man den Eindruck, daß dem Schmalzlinien im Hinblick auf die Selbstheilung und -unterhaltung noch eine große Zukunftsaufgabe zufallen wird.

Ortsgruppe Forst (Gauß). Sehr eindrucksvoll gestaltete sich die Kundgebung gegen die Vergemaltigung des Memellandes, zu der am 14. März die Ortsgruppen des D. O. und des V. D. A. nach dem Saale des „Kaiserhofes“ (Landmann Karl Dahms) eingeladen hatten. Die Entfaltung für den Abend (auch hier) wurde mit einem überaus pöbeligen Vorprogramm „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein“ und dem sinnvollen Melodrama von Hans May „Die Königssalle“, das in seiner politischen und einbringlichen Vorbereitungsweise seine Wirkung auf die Zuhörer nicht verfehlte. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten namentlich die Anwesenden dem Vortrage Georg Schwegels über „Opreußen und das Memelland — gefährdete deutsche Kulturgebiete“. Oftmarkdenken ist eine Selbstverpflichtung für alle diejenigen, die durch Geburt mit diesem Land verbunden sind. Diese natürliche Selbstverpflichtung wird aber zu einer vaterländischen Pflicht, zu einer politischen Verantwortung, wenn alles deutsche Kulturgut Gefahr läuft, unter Ausnutzung der Schwäche Deutschlands von übermächtigem Feindespaar dem Reiche entzogen zu werden. Die Offhilfe ist ein wichtiger Faktor, und das Schicksal dieses Landes wird einmal im Osten entschieden werden. Interessante Lichtbilder unterfriesen die Ausführungen des Redners, dem eine zahl-

reiche und anerkennende Zuhörerhaftigkeit beglückte dankte. Die Ortsgruppe wird, wie der 1. Vorsitzende Georg Hollander in seinem Schlußwort ausführte, in der Weltanschauung der alten und verbürgten Rechte des Deutstums in Memelland auch in Zukunft nicht müde werden, fest davon überzeugt, daß diese Forderung stets die nachhaltigste Unterstützung des gesonten deutschen Volkes findet. Den musikalischen Rahmen schuf mit wertvollen Musikstücken die Künstlerkapelle des Kaiserhofes; sie benutzte mit den gebührenden Vorbereitungen ihr höchstes künstlerisches Können, das allseitige und begeisterte Anerkennung fand.

Landesverband Vorpommern.

Die Frauengruppe Anklam veranstaltete in der Traube einen Familienabend. Der Besuch war sehr gut. Die Vorsitzende, Frau W. Hoyer, begrüßte Mitglieder und Gäste, was darauf hin, daß die Frauengruppe vor fünf Jahren gegründet wurde, und seitdem ständig gemacht sei, und teilte mit, daß die Absicht bestehe, eine Jugendgruppe zu gründen. Hierauf wurde von neuen Damen und einem Herrn der Frauengruppe eine Humoreske sehr flott und gut gespielt. Auch ein Gesangsduett, von zwei Mädchen der Frauengruppe, sehr gut vorgetragen, löste starken Beifall aus. Die Burmesische Kapelle spielte zum Schluß auf. In den Pausen wurden von einem Herrn mehrere Couplets geboten.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Bernburg (Anhalt) trat nach langer Pause wieder an die Öffentlichkeit, um durch Veranstaltung eines Vortragsabends zu zeigen, was aus der deutsche Osten nach und heute noch ist. Nach dem von Frau H. Hoffmann am 1. April gesprochenen Vortrag, der beglückte 1. Vorsitzende, Herr Kiesel, Straubitz, die Anwesenden und dankte besonders den Vertretern der Bernburger Arbeitsgemeinschaft der Deutschstammverbände für ihr Erscheinen. Herr Landsmann Gymnasialdirektor a. D. Dr. Eiman, Halle a. d. S., hielt dann einen schmerzvollen Vortrag über die Frage „Was aus Westpreußen und Polen einst war und heute ist!“. Durch die Knappheit nur auf das Wesentlichste geschnittene Darstellungswiese des Redners wurde den Anwesenden der hohe kulturelle Wert der verlorenen Ostmarken recht deutlich vor Augen geführt. Herr Kiesel übertrug in treffenden Worten den Jubelstößen einen Rapsel der deutschstämmigen Siedler gegen die Polen. Auch versäumte Dr. Eiman nicht, den Anwesenden vorzutragen, in welcher unheimlich recht eigenartigen Art und Weise die Stichtlinge, die infolge des Verfallers Diktats ihre geliebte Heimat fluchtartig verlassen mußten, in ihrer neuen Heimat von den Einwohnern empfangen wurden. Starke Beifall erteilte der Redner. Hierauf hielt Landsmann Vertreter S. in 1889, Alterspräsident, einen Schlußvortrag über „Der deutsche Osten“, der ebenso wie der seines Vorredners lebhaften Beifall fand. Zum Schluß brachte Landsmann Günther noch einige Vorträge in welschpreußischem Dialekt. Der übrige Teil des Abends wurde mit Unterhaltungsmusik ausgefüllt. Die Musikleitung wurde freundlicherweise von Landsmann Ingenieur Werner P. B., Dirschau, zur Verfügung gestellt.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Celle. Über das Stiftungsfest am 2. 4. berichtet die Cellefche Ztg. u. a.: Manchem Leser der Cellefchen Zeitung wird aufpassen sein, daß in diesem Winter häufiger als sonst der Deutsche Ostbund mit Rundgebungen an die größere Öffentlichkeit herangetragen ist. Es ist im Osten sich die Gewitterwolken immer schärfer zusammenballen, so wärnt auch immer härter der Wille, dem drohenden Unheil Widerstand anzulegen, und die Ostbewohner, alle deutschen Kräfte für diese Aufgabe zu wecken und zusammenzufassen. Warum die schüchternen Streitkräften, die sich der Vorherrschaft der Ortsgruppe Hannover, Herr Eimo, aus, in Ostpreußen einstellen — eine andere Form werden sie nicht wagen zu wählen —, so müssen die Deutschen dem Einbruch in gleicher Weise begegnen, ihn aktiven Widerstand freiwilliger Kräfte entgegenzusetzen. Auf die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden schwaachen Kräfte allein kann die Sicherheit nicht aufgebaut werden. Anders war es auch nicht, als 1921 die Freiwilligen-Verbände in schweren Kämpfen (im Anhang) Deutsch-Oberpreußen von den polnischen Säulentruppen retten — nie zu wenig bekannte Vorgänge und Begebenheiten. Und diesen Widerstand wird nicht nur der Ostmarken leisten, sondern er wird vom ganzen deutschen Volke getragen werden. Möge das Schicksal es nicht wollen, daß es dahin kommt, aber wenn es sein muß — vielleicht schon in diesem Jahre — wieder einmal muß dann das ganze deutsche Volk einmütig zusammenstehen, reißt zur Abwehr, nicht nur zu Protesten. Wohl denen, welche die Rede des Herrn Eimo mitanhören konnten. Sie war eine Gal, sie war außerdem wie ein kraftvolles lyrisches Gedicht, sie wurde in einer kurzen halben Stunde die gesamte Zeit der Ostmark in ihrer erschütternden Begeistertheit und Tiefe in gedrängelter Reihenfolge zusammengefaßt. Sie klang aus — nie schon die Begrüßungsworte des Vortragsleitenden, Herrn Vortragsleiters Harrenther — in dem Mahnwort nach Einigung der Deutschen in diesen nationalen Notwendigkeiten. Dankbar sei auch an dieser Stelle der Ortsgruppe Hannover, die mit etwa 20 Mitgliedern bereit war, für die sonstige Verbreitung des unter-

haltenden Teiles geacht. Unterfchieden sei die Mahnung des Herrn Eimo, daß jeder Keller Bürger in diesen Zeitläuften Mitglied des Deutschen Ostbundes sein sollte. Für dieses Frühjahr sind noch viele Heimat- und Werbeabende geplant. Der erste, am 30. April, wird dem Memelland, der zweite, am 11. Juni, Oberpreußen gewidmet sein. Möchten sie zu eindrucksvollen Rundgebungen unter allseitiger Beteiligung werden.

Landesverband Hessen-Nassau.

Die Ortsgruppe Kassel hatte ihre Mitglieder und Freunde am 6. April zu einem Vortrag von Herrn V. Jorath über „Ostpreußen und das Memelland“ eingeladen. Der Redner, ein beglückter Memelländer, gab zu Anfang seiner packenden Ausführungen eine Schilderung seiner Jugendzeit, die er in einem kleinen memelländischen Städtchen verbrachte. Der Osten war für ihn immer ein Kriegsgebiet, auf dem germanisches Wesen mit slawischem zusammenhieß. Die Geschichte erzählt von dem jahrhundertelangen Kriege der Ordensherren mit Litauen und Polen. Das, was mit dem Schwert erobert worden war, ist mit dem Pflug aufgebaut worden, und mußte dann wieder mit dem Schwert verteidigt werden. Der Weltkrieg kam und nach ihm der Schandevortrag von Versailles. Eine unruhige Grenzregion trauerte Teile unerbittlichen Bodens von dem Mutterlande ab und ließte Hunderttausende Deutsche den Sünden aus. Jahre schwerer Bedrückungen kamen, aber die Ostmärker haben ausgehalten und werden auch weiter aushalten. Sie haben gekämpft, so gut sie konnten, aber leider mußten sie sehen, daß sie von ihren Volksgenossen nicht verstanden wurden. Alle pazifistischen Proteste nützen den Ostmärkern nichts gegen die schamlosen Übergriffe der Feindstaaten. Solange nicht die Reichsregierung mit scharfen Mitteln gegen diese Übergriffe eintritt, werden unsere Volksgenossen im deutschen Osten schwerste Bedrückungen zu erleiden haben. Durch das unjüngliche Gedächtnis des Korridors verfaßt man aus dem deutschen Ostung einen polnischen Helden zu machen. Der Korridor muß verschwinden; ohne eine vernünftige Grenzabgrenzung gibt es für Deutschland keinen Frieden. Redner sprach dann über die Schönheiten des Memellandes und Ostpreußens und forderte auf, auch den deutschen Osten bei Reisen zu berücksichtigen. Er erzählte von den Gutesherren, aus dem aus dem deutschen Osten stammen: Klost, Schenkendorf, Gerhart Hauptmann, Arno Holz, Rant, die Sieger von Cannenberg, Hindenburg und Ludendorff. Es geht im Osten nicht nur um das Leben und die Freiheit eines Ostens, um deutsche Kultur, deutsche Sitten und deutsches Wesen. Es muß bald der Sag kommen, an dem der deutsche Osten wieder frei wird und an dem wir vertriebenen Ostmärker wieder in unsere Heimat zurückkehren können. Reicher dankte dem Redner für seine Ausführungen. Der Vortrag wurde umrahmt durch musikalische Vorträge der Herren Reif (Klavier) und Meßling (Violine). Bismarck Mütter sang mit geflegelter und sehr sympathischer Stimme einige Lieder, von Fräulein H. die in demselben verständnisvollen und warmen Klänge, die sie in der Besetzung mit internen Mitteilungen, die Monatsversammlung, während der zweite Vorsitzende sie leitete.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Ortsgruppe Wuppertal. In der Aprilversammlung führte der Vorsitzende über Welt-Ost-Siedlung u. a. folgendes aus: Die fortgeschrittene Technik, welche an Stelle menschlicher Arbeitskraft die Maschine setzt, ermöglichte es der Industrie, mit durchschnittlich 25 Arbeitskräften so viel zu erzeugen als vor dem Kriege mit 100 Mann. Der Wettbewerb auf dem Weltmarkt zwinge dazu. Daraus dürfte zu folgern sein, daß selbst wenn die Industrie eines Landes wieder auf den Stand der Vorkriegszeit kommen sollte, damit zu rechnen sei, daß mindestens die Hälfte der heutigen Erwerbstätigen nicht mehr einsetzbar werde. Dem Werten geht das Wort: „Ein Volk ohne Stamm, kein Osten, ein Name ohne Volk.“ Polen beherrscht den Korridor mit Kolonisten aus dem Osten. Aus völkspolitischen Gründen und auch, um die Wohlhabtlichkeit dieser westfälischen Städte zu erleichtern, sei eine großzügige Welt-Ost-Siedlung notwendig. Für die westfälischen Industrien würden Abhängigkeiten geschaffen; sie hätten allen den Nutzen von einer Welt-Ost-Siedlung und könnten daher auch zu deren Finanzierung mitvertragen werden. Die Vertriebenen müßten besonders berücksichtigt werden. Der politische Appell auf deutsches Land werde in Wort und Schrift immer wieder angefaßt. Wie müßten daher zur Sicherheit der Ostmark die Aufstellung eines Grenzschutzes fordern. Die starken politischen Kriegsrückwirkungen ständen im Widerspruch zu dem politischen Vorhaben der moralischen Abrüstung. Im Sinne obiger Ausführungen sah die Versammlung eine Entschließung. Es wurden jedoch die verbilligten Satzregelungen nicht dem Osten bekanntgegeben. Auskunft hierüber bei Barkenfeld in W.-Bornen, Woffritz, 41.

Aus befreundeten Verbänden.

1. Pof. Zeitart. Reg. Nr. 20.

Am Sonntag, den 6. November d. J., begeben die Angehörigen des ehem. Königl. Preuß. 1. Pof. Zeitart.-Regts. Nr. 20, 1. S. Stenodort Stadt Posen, die Feier des 60jährigen Bestehens des Regiments. Aus diesem Anlaß findet in Frankfurt (Oder), der jetzigen Gatafeln der Traditions-Batterie (4. Battr. des 3. [Preuß.]

Der Ostbund hilft Dir!

Wollst Du ihm helfen? Dann wir Mitglieder für ihn und Leber für sein „Ostland“. Dadurch fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache

(Art.-Regts.), ein Regimentsappell liest, an dem sich zu beteiligen Ehrenpflicht für jeden ehemaligen Angehörigen des Feldart.-Regts. 20, ferner Kriegserformations und des aus ihm im Kriege hervorgegangenen Inf.-Selbstart.-Regts. Nr. 10 inf. (Wiederlebensfeier, Selbstgottesdienst, Krambiederrevue, reitende und andere Vorführungen der Eraditions-Batterie, Stiftungsfest der Ortsgruppe Frankfurt (Ober) des Vereins ehem. 20. Selbstartilleristen). Zu diesem Tage ist auch die Herausgabe der Regimentsgeschichte sicherergestellt (etwa 450 Seiten stark

und mit rund 150 Bildern ausgestattet). Preis (nach erhaltlicher Auskunft vom 12. 4.) mit etwaigen 25 Jahrgangsteilen die Angehörigen der Kriegserformations und die des ehem. Inf.-Selbstart.-Regts. 10 werden gebeten, soweit sie nicht einer Ortsgruppe des Regts.-Vereins angehören, schon jetzt ihre Anschrift der Eraditions-Batterie mitzuteilen und an sie Bestellungen für die Regimentsgeschichte zu richten. Nach Möglichkeit erfolgt kostenlose Unterbringung der ausmüchtigten Kameraden.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Das 25jährige Dienstjubiläum beging am 1. 4. Stadtbauinspektor Max Stelzer in Schkeubitz, Ver. Halle (Saale), früher in Oßla 1.

In den Ruhestand getreten: Konrektor Gustav Becker in Kassel, Rathenau, 4, früher Murawano-Goslin; Schulinspektor Otto Grobe in Kassel, Augusta-Viktoria-Str. 38; früher Reußhüt; Jörler Heinrich Gombert in Kassel-Brallersberg, Domesweg 9, früher in Dobran und Schmog.

Ausgleichung: Dem Ver.-Schornsteinfegermeister Erwin Ellsner, Berlin O. 36, Eilenf. 75, wurde vom Hauptortsdienst des Preussischen Landesvereins zum Roten Kreuz aus Ehrenrufen für besondere langjährige Verdienste in der Bekämpfung von Krankheiten und epidemischen Eilensart für Vorkämpfer des Vereins „ehem. Ulmer und Schmoger“, Berlin.

Ehemalige: von dem Knefelbeck, Sohn des Majors a. D. von dem Knefelbeck, Kassel, Hebenplatzstr. 80, fr. Polen, hat die Neuprüfung bestanden; Fräulein Anna Becker, Ködter des Konrektors Gustav Becker, Kassel, Rathenau, 4, fr. Murawano-Goslin, hat die Prüfung als technische Leiterin in Spandau bestanden; Kurt Gehrke, Sohn des Urmachers Hugo Gehrke, Kassel, Mauerstraße, fr. Vandenberg, hat die Prüfung auf der höheren Handelsschule Kassel bestanden; Fräulein Louise Ernst, Ködter der Witwe Marie Lange, Kassel, Fehnhofstraße, 81, fr. Oßla und Polen, hat die Prüfung als Kindergartenin im Diakonissenhaus Kassel bestanden; Kurt Sittlerke, Sohn der Lehrerin Minna Sittlerke, Kassel, Rothenberg, Frankenberg-Str. 18, fr. Schmog, hat die Prüfung als Lehrer auf der Pädagogischen Akademie in Elbing bestanden.

Verstirbt: Hr. Herlo Schmidt mit Herrn Feldwebel Willi Dreßler in Neuruppin (Hr. Schmitz ist die Ködter des Eisenbahnsekretärs Otto Schmidt in Angermünde, früher Polen, des Ehrenvorstehenden der Ortsgruppe Angermünde, der am 1. 6. in den Ruhestand tritt); Hr. Otto Schmidt, Ködter des Kreisinspektors Vertheil Schmidt in Elmshagen, Schloß mit Herrn Johann Dr. Martin Eichholz in Meßkau am 28. 3., früher Wreßchen.

Verheiratete Ostmärker: Frau Hegemeister Agnes Heinrich, geb. Wenzel, in Briesen (Neumark), Reichst. 30, früher Fortshaus Beerhude, Oberförsterin Grünhilde bei Glemschitz, am 29. 4. 80 J.; Kontier und früherer Fleischermeister Adolf Wiesner in Görlitz, Gutenbergstr. 26, am 4. 5. 70 J. (W. war während seiner 29jährigen Berufstätigkeit in Polen Stadt allgemein bekannt; dort geboren, in Kamisch gedient, wuchs in Görlitz, dann von 1887 an in Polen, wo er sich zu einem der größten Fleisch- und Wurstfabrikanten der Provinzialhauptstadt emporarbeitete und abtunmährischer Vertreter seines Gewerbes wurde; 1918 verlor er den größten Teil seines Vermögens, wurde 1919 in Sympyiron interniert); Konditor Karl Rakete in Obernigk, früher Kamisch, am 28. 2. 71 J.; Oberpostsekretär i. V. Otto Wadholl in Erfurt, Gartenst. 57/58, früher in Waldenhof, Schwarzmann, Vandenburg, Weiskönigs, Dr. Friedland und Bromberg, am 19. 4. 70 J.; Frau Witw. Marie Müller in Berlin SW 29, Bismarckstr. 49, früher in Schmog, am 28. 3. 82 J.; Schneidermeister Johann Wobmann in Berlin O. 119, Simplicienstraße 45, früher in Kulin, am 9. 4. 70 J.; Frau Witw. Auguste Finj in Berlin-Charlottenburg, Brühlstr. 28, früher in Briesen (Wpr.), am 15. 4. 66 J. (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Nord).

Verstorben: Frau Ernestine Rah, geb. Wisler, in Berlin, Melancthonstraße 18, fr. Polen-Krumm, Mutter des 1. Vorf. der Ortsgruppe Berlin-Mitte, am 1. 4., 82 J.; Regierungsinspektor Richard Penau, Kassel, Comenagapf. 11, fr. Polen, am 1. 4., 58 J.; Frau Ottilie Gerlach, verw. Hoffmann, Ehefrau des Volkdirektors i. V. Wilhelm Gerlach, Kassel, Kölnische Str. 9, fr. Polen und Bronka, am 6. 4. 74 J.; Frau Vertheil Rakete, geb. Pils, in Obernigk, fr. Kamisch, am 30. 3., 68 J.; Zimmermann Karl Renke in Grünberg-Schloß, fr. Zülchler in Doblan (Kreis Somter, Pror. Polen), am 29. 3., 56 J.; Frau Lisa Volje, geb. Heinrich, Ehefrau des Oberpflegers a. D. Emil Volje, Berlin-Pankow, Galuzenstr. 14, fr. Schmog, am 25. 3., 62 J.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Landwirtschaftskammerversam in Ostpreußen.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer in Ostpreußen haben, wie zu erwarten war, mit einem überlegenen Siege der Nationalsozialisten geendet. Sie

haben 50 Sitze erobert, während der Landwirtschaftsverband sich mit 21 und der Katholische Ermlandische Bauernverein sich mit 5 Sitzen begnügen mußte. Die Nationalsozialisten haben also allein eine erhebliche Mehrheit gewonnen. Den Anlaß zu dieser Neuwahl hat der Wunsch der Landwirtschaftskammer im Januar gegeben, durch den auf nationalsozialistischen Antrag der Reichspräsident aufgefordert wurde, zurückzutreten, wenn er nicht mehr die Kraft oder den Willen hätte, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wirksam zu bekämpfen. Der Kammerpräsident Dr. Brandes hatte in einem persönlichen Schreiben an Hindenburg die Sachlage dargestellt, und dieser hatte geantwortet, daß er den persönlichen Wunschfall als erwidert ansehe. Der Vorstand der Kammer hatte eine nochmalige Abstimmung beschloßen. Eschdenn verfügte der Preussische Innenminister die Auflösung der Kammer — mit obigem Erfolg.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Polen.

Wielun. Am dem Dorfe Swietoz, Kreis Wielun, brach ein Großfeuer aus. Der Brand verbreitete sich augenblicklich über das ganze Dorf. Erst gegen 5 Uhr morgens konnte man des Feuers Herr werden. Das Dorf zeigt ein Bild vollständiger Verwüstung. 24 Scheunen, ein Wohnhaus, fünf Kuhställe und eine Metzge lebenden und toten Inweotoren stießen den Flammen zum Opfer. Sieben Personen erlitten schwerere und leichtere Brandwunden.

Wreßchen. Es hat sich hier ein Komitee gebildet, welches dem Märtyrer-Pilzbild ein Denkmal setzen will. Der Ankauf soll nach dem H. Schmalhans-Geldhaus am 27. u. 17. Stycznia aufgestellt werden. Die Mittel für die Herstellung des Denkmals sollen aus freiwilligen Gaben von Seiten der Mitglieder des W.-B.-V. ausgebracht werden.

Bromberg. Die Bromberger „Liesbertafel“ beging Anfang April ihr 90. Stiftungsfest. Aus Anlaß dieses festlichen Feier hatten die Bauvereine der deutschen Mauerergelung-Bereine Polens ihre Vertreter entsandt, ferner haben sich alle kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen des Deutschstams in Polen und Pommern ihrer Glückwünsche dem Jubelverein anboten.

Bromberg. Die Firma „Hermann Böhnert A.-G.“, Maschinenfabrik in Bromberg, hat beim Bromberger Gericht Konkurs angemeldet. Die Böhnert A.-G. hatte bereits seit längerer Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die seit der Insolvenz der Bank Stadthagen sich besonders verhärteten. Die Firma hatte bei der Bank einen ständigen Kredit, dessen Höhe unregelmäßig zu den Zahlungs-schwierigkeiten, die die Bank geriet, beigetragen hat. Die Böhnert A.-G. gehörte früher zu den solidesten und bestrenommierten Firmen des heutigen Westpolens. Die schwere Wirtschaftslage, der vollständige Vorgehungsmangel und die Unmöglichkeit, neue Kredite zu erlangen, hat die Firma ein Opfer der Verhältnisse werden lassen.

Oßla. Seit Osterjohannabend befindet sich die deutsche Wanderverschlein Margarethe Kraus aus Wojasno im hiesigen Gerichtszugangsantrag, den der Rechtsabstand der Verfallsfrist ein-gereicht hat, ist abhänghig befristet worden.

Polen. Der Verband deutscher Angestellter in Polen, der das Eheertrick „A, B, C“ von Knabund in Polen zur Aufstellung bringen wollte, ist von der Polizei benachrichtigt worden, daß die diese Auf-führung verleihe, da Knabund in Polen verboten sei. Eine weitere Begründung des Verbots ist nicht erfolgt.

Polen. Von der Polener Strafammer wurde der Techniker Leo Galas zu zehn Jahren Zuchthaus wegen Raubmordes verurteilt. Galos hat im Jahre 1923 seinen 17jährigen Schwager Josef Janowski überfallen, beraubt und ihn dann erschlagen. Die Leiche verdeckte er in einem Brettererbschlag, wo im Herbst 1931 durch einen Zufall das Skelett gefunden wurde. Erst dadurch gelang es, den Mord aufzuklären, denn vorher hatte man angenommen, Janowski sei auf Wanderschaft gegangen und habe das Geld veruntreut. Galos hat 1925 nach Krakauer ausgewandert, wurde dort ermittelt und vor einigen Wochen aus Polen ausgewiesert.

Polen. Am 30. März wurde der 24jährige Aufseherleohn Friedrich Becker aus Morajko von einer Horde von acht

Bis zum 20. April müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für die Monate Mai-Juni aufgegeben werden. Später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühren von 20 Pf. zu zahlen. Der Auftrag für Mai-Juni beträgt 1.— Pf. (ohne Zustellungsgeb.).

bis zehn polnischen jungen Leuten überfallen und schwer mißhandelt. Mit Knütteln wurde er auf den Kopf und den Arm geschlagen und schließlich zu Boden gestreckt. Deutsche Dorfbewohner nahmen sich des Überfallenen an, dessen Gesicht blutüberkrönt und dessen linker Arm lahm geschlagen war. Am nächsten Morgen ließ sich feststellen, von wo die jungen Helden ihre Waffen hatten. Aus den Jämen hatten sie eine Reihe von Säulen herausgerissen. Die aufgehobenen jungen Polen rühmten sich, Bekes besonnen überfallen zu haben, weil er „paktantig“ sei und einmal ein Silberbeichen getragen habe. Hier liegt ein Verstum vor, Becker hat niemals ein Silberbeichen, wohl aber eine Zeitung ein polnisches Flugblattchen getragen, das sein Vater bei einer Sammlung zum Besten der polnischen Hülfsarmee erhalten hatte.

Wosgorowich. Hier kam es zwischen dem deutschen Landwirt Heinrich Oehing und dem polnischen Landarbeiter Stefan Wolczak zu einem Streit, in dessen Verlauf Wolczak den Oehing schwer beleidigte. Schließlich schlug Wolczak mit einem Stock auf Oehing ein. Dieser setzte sich zur Wehr, erhielt aber einen wichtigen Stockhieb über den Kopf, der einen Schädelbruch und seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Aus Westpreußen.

Chora. Gegen Ende des vorigen Jahres wurde die Öffentlichkeit durch die Nachricht alarmiert, daß dem Chornor Rathaus der Einsturz droht und damit eine historische Sehenswürdigkeit unseres Gebietes gefährdet ist. In dem Keller, wo sich die ersten Risse zeigten, begann man damals schon mit Umbauten. Eine besondere Kommission arbeitete einen Plan für die Befestigungsarbeiten aus. Man beschloß, die Pfeiler zu verstärken, und man hat bereits die Fundamente der Pfeiler mit Betonringen versehen und auch die Risse mit Zement ausgefüllt. Für die weiteren Bauarbeiten wird das Stadt. Bauamt ein Projekt ausarbeiten. In der letzten Zeit haben sich keine weiteren Risse gebildet.

Aus Ostoberschlesien.

Anhalt (Kreis Döb., Ost-O.-S.). Am 6. April, nachts zwischen 12 und 1 Uhr, brach in der deutschen Gemeinde Neu-Anhalt, die unmittelbar neben der Gemeinde Anhalt liegt, ein Riesenfeuer aus, dem in kurzer Zeit sieben deutsche Bauerngebäude zum Opfer fielen. Der Brandstichden befaßt sich auf rund 100000 Stoft. Da das Feuer von einem äußerst heftigen Winde begünstigt wurde, verbreiteten sich die Flammen mit rasender Geschwindigkeit und verzichteten ihr Werk innerhalb einer Stunde. Die Bewohner konnten nur mit größter Mühe ihre notwendigen Habe retten. Man vermutet Brandstiftung. Man denkt unmittelbar an die Zeit zurück, in der polnische Mordbrenner in fanatischem Nationalitätenhass die Brandfackel an die Heilmänner der treu-deutschen Anhalter legten.

Kattowitz. Wie aus sicherer Quelle verläutet, werden mehrere Einobhaber in Anbetracht der schweren finanziellen Lage ihrer Unternehmen dem Boykott der deutschen Filme, der aus der wüsten Hege von polnischer Seite der resultierte, aufheben und populäre deutsche Filme in deutscher Sprache zur Vorführung bringen.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Ostkreis“ 16 Seiten.

Wolter Begeisterung äußert sich Fräulein E. R. in B. über die von der Maggi-Gesellschaft, Berlin W 35, auf eingeladenen Guttscheine erhaltenen „Prämien“: „Ich habe schon viele Bekette in meiner Aussteuer, doch Ihre Kaffeelöffel rechnen mit zu den schönsten... Dies beweist, daß die als Prämien von der Maggi-Gesellschaft ausgestellten Gegenstände, wie Teller, Schalen, Messer, Kistchenchen usw. von bester Qualität sind und viel Freude machen. Das fleißige Sammeln der Maggi-Guttscheine lohnt sich. Bei der nächsten Vernehmung der verschiedenen Maggi-Erzeugnisse ist recht bald die nötige Anzahl Guttscheine beisammen.“

Selbst Goethe sagt:

„Mann mit zugedöpniten Lachsen,
Dir tut niemand was zuleist!
Hand nimm nur von Hand gemachten,
Wenn Du nehmen willst, so gib.“

1930. 5. — für $\frac{1}{2}$, 10. — für $\frac{1}{4}$, 20. — für $\frac{1}{8}$, 40. — für $\frac{1}{16}$, 80. —

bei

Preuß. Staatslotterie

Ziehung am 22. und 23. April.

Dr. jur. Alfred Dütschke, Staats. Lotterien-
Einnahmer,
früher Ditrowo,

Berlin, Geisbergstraße 9, im Postamt 10. 30.
Vorsitzendort: Berlin 35 222.

Ostmärker, Junggeselle

gute Vergangenheit, An-
gabe 40 ev. Handwerker
mit kleinem Geschäft u.
6000 M. bar Vermögen,
wünscht bald **Heirat**
mit Landwirtstochter,
30 bis 40 Jahr, etwas
Vermögen erw., auch
Witme oder Einbeirat
in Land- oder Gast-
wirtschaft.
Offerten unter 2462 an
das St. Land erbeten.



Am 30. März 1932, mittags 2 Uhr,
starb nach langem schweren Leiden mein
lieber Mann, guter Vater, Schwieger-
und Großvater, der frühere Landwirt

Friedrich Lehmann

im bald vollendeten 79 Lebensjahre,
nach einem arbeitsreichen Leben.
Dies zeigt im Namen aller Hinter-
bliebenen an

Dora Lehmann,
geb. Lohmann,

Egeln, Bez. Magdeburg, i. d. Grabow,
Kreis Wosgorowich, in Polen.

Die Beilegung fand am 3. April,
1 Uhr mittags, auf dem Friedhof zu
Egeln statt.

Portier- oder Hausmeisterstelle

von älterem ostmärk.
Handwerker gesucht.
6er. Angeb. unter 2472 an
das St. Land erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von Clara
Brahms' o. H. früher
Rogalen? Zuführten
unter 2464 an das St.
Land erbeten.

Festzeitschriften jeder Art

Abschriften von Theaterstücken, Romanen,
Zeugnissen, Vertrieflungen etc.
schnell — sachgemäß — billigt.
B. Ehrlich, Berlin W 57, Eilendstr. 11.
B 7 Pallas 3889. (Fr. Rogasen.)

Kräftigen Wohlgeschmack

erhalten Suppen, Soßen, Gemüse,
Salate usw. durch wenige Tropfen

MAGGI'S Würze

Sammeln Sie MAGGI-Guttscheine!



Bestellschein!

An

v. Puttkamer

Staatliche Lotterien-Einnahme
Berlin-Friedenau,
Kaiserlee 127, Tel. Rheing. 144
Postfachkonto: Berlin 5252.

für
1. Klasse **39,265. Preuß.-Südd. Staats-Lotterie**

..... Viertel, Preis je 5, — RM.

..... Viertel, Preis je 10, — RM.

..... Halbes, „ „ 20, — „

..... Ganzes, „ „ 40, — „

Ziehung 1. Klasse am 22. und 23. April 1932

Zahlung erfolgt nach Erhalt, spätestens April 1932. —
St. durch Nachnahme zu erheben. — Amtliche Ziehungsliste wird
(nicht) beilieg. — (Nicht Gewünschten bitte durchkreuzen.) —
Vorzugsendung erinnert und verbindet meist Terminverdümmis.
Zahlarten bis 10, — RM. 10 RM., 25, — RM. 15 RM., 100, — RM. 20 RM.

Name:

Ort und Straße:

Briefe auch von Ihren Freunden, Büro- und Geschäftsfreunden (auch einem
Bestellereisen fremdbüchig ausstellen) und mit guttätig zusammen zu liefern.

Offmärker! Provisionsfrei
Glänzende Existenzen!

- 43 Morgen Landwirtschaft mit
gutem Wohn- u. Wirtschaftsg-
ebäuden i. d. Gegend Frank-
furt a. O. Ober-Preußen 5 000
- Herrenkonfektionsgeschäft an der
Peripherie der Stadt Dresden
Preis: 12 500
- einfach. Inventar u. Warenlager
Wohn- und Geschäftsgrundstück
(Material- und Lebensmittel-
geschäft), verkäuflich ge-
legen bei Dölnen, Thüringen 30 000
- Witensgrundstück, umgeben von
einem Bier- und Obstgarten,
Sehmalgröße 4000 qm, bei Wald
Wormbrunn im Riesengebirge 25 000
- Wäckergrundstück in bester
Verkehrslage des Ostseebades
Swinemünde 16 000
- Konkurrenzloses Bahnh.-, Miet-
u. Geschäftsgrundstück in einem
lebhaften Dorf u. Durchgangs-
verkehr bei Halle (Saale) 15 000
- Grundstück mit Wein- u. Woll-
warengeschäft in ukermärk-
lichem Städtchen Nähe Stettin
Preis: 15 500
- Geschäftshaus mit gutgehendem
Bakerei- u. Konditorbetrieb
(sozialkonform) in lebhafter
Stadt Mecklenburgs 25 000
- Landwirtschaft, Gehöft nahe den
Erdälen, Provinz u. Umgebung 10 000
- Wollmüllergelände mit Säge-
werk und Landwirtschaft im
Streise Großes a. d. Ober- 15 000
- Witensgrundstück, bisher Viehhäb-
erei, vorzüglich geeignet f. Privat-
zwecke als Sommerfisch von
Großhärdern, bequeme Lage i.
Strande im Ostseebad Swine-
münde . . . Preis: 34 000
- Wohn- u. Geschäftsbaus in be-
stehender Stadt der Provinz
Brandenburg 18 000
- Restaurationsgrundstück, eines der
ältesten u. bekanntesten Lokale
von Sondershausen in zentraler
Stadtlage 8 000
- Landwirtschaftliches Grundstück i.
Freihaft Sachl., nahe Baaren
Verkäuflich od. zu verpachtend
4 bis 5 Konzen-Rundumühle
mit Landwirtschaft in Sagan-
land (Schlesl.). K u u Preis: 38 000
- Dorf: 2000 bis 2 500
Inventar: 4000 bis 5 000
- Herzhaftlich. Canfit, besonders
für Selbstgeform u. Gärtnerei
geeignet, in der Altmark 15 000
- Sonatorium im Kaufger Gebirge
(bei Gittow) . . . Preis: 45 000
- Miet- und Geschäftsbau in
Zentrum der Stadt Konstan-
z (Woden). Objekt i. Preis: 62 000
- Objekt i. Preis: 20 000
- Objekt i. Preis: 32 000
- Anpflanzung: 10 000
- Vandhaus u. Pensionatgrundstück
in bekanntem Höhenluftkurort
d. Thür. Waldes . . . Preis: 14 000
- Bildprojekte kostenlos durch:

KOCH & Co., Berlin W 10
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Litzow 5933.

Letzter Abschluß auf Grund unserer Inserate
an dieser Stelle: 1. April 1932

Anzulegen: 1. Hypotheken auf prima Miethäuser
in bester Lage. 6% Zinsen, günst. Auszahl.-Bed.
Gesucht: Kapital von RM. 10000—40000
für erstklassige Hypotheken innerhalb 1—1½ facher Teilensumme.
Hausverwaltungen gegen mäßige Vergütung.
Bitte Referenzen von Vordienstl.

v. Wittken-Jungnik, Berlin W 30, Mohltstraße 19,
Tel. B 4, Bavaria 6508. Sprechtzeit Montag, Mittwoch, Freitag von 3—6.

**Gast- und
Landwirtschaft**
alleine im Airdorf,
neuer Parteilack, kann
auch Heilerde zuge-
nommen werden, be-
traine vorhanden, tran-
schichtlos zu verkaufen.
Offerten unt. I. V. 121
Wochenblatt, Grünberg
in Schleffen.

Buchhändler
Irebramer Fachmann,
sucht aus Privatband
3000 bis 5000 M zur
Erweiterungsbau, geg.
Gute Zinsen und beste
Sicherheiten. Ang. unt.
2475 an d. Ostland erb.

Seminar Koschmin 1879—82
Sendet mit Care Briefen,
wollen Pfingsten zusammentreffen.
Diegnig, Grünht. 12.
Bruno Müller I

Bauernhof
175 Morgen, ohne In-
ventar, gute neue Ge-
bäude, hochw. Boden,
ca 2 km v. Kleinbald,
Krs. Cammin i. Pom.,
sehr günstig zu verlauf.
Angebote erbeten an
Vand. Ein- und Ver-
kaufverein e. G. m. b. H.,
Swinemünde.

Schwingpflüge
etwa 32 kg schwer, heltes
Material, leichter, guter
Gang. Preis RM 15.—.
**Westfalia-
Zentrifugen**
225, 300 und 400 Liter
Zunabteilung, zu 65,
75 und 95 RM, empfehlt
zu fortwährender Kierlegung
Bruno Polster,
Obernig, Bez. Breslau.

Pr. Klass.-Lotterie
Lose 1. Kl.
Lübeck Staatl. Lotterie-
Einnahme
Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensalza.)

Städterstellen
Borortbest. Berlin,
i. d. 45 Morgen, Weizen-
boden, Gebäude mäßig,
schliffelfertig, sofort
abzugeben. An-
gebote Inventar 4000 RM.
Näheres durch Rocks,
A. Malencland
bei Kremmen
(Stahelaland.)

**Restaurations-
grundstück**
Berl. Borort, Walden-
frei, ist altershabter bei
einer Anpflanzung von
5000—6000 RM., Preis
15000 RM., zu verkaufen.
Bei. V. Dierker unt. 2471
an das Ostland erbet.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ führt auf über 1000 Seiten und Genutzend mit geliehenen Bildmaterial, er
berücksichtigt besonders den aus schiedlich unmaßlicher Zeit bei verschiedenen Ländern, die mit den besten geordneten
Sichtweise und die kürzer auflebende und verbundene Ortswort. Er enthält keine flüchtig hergeleitete Abbildun-
gen. — Zu den vielfach bewährten Kalender der Ostdeutschen ist wieder eine weitere Verbesserung eingeleitet, die neben der sich
mit Ostfragen befaßt. Zu den Beständigsten bekannter Schriftführer gibt es einen Nachdruck auf dem literarischen
Schaffen der Heimat. Als wertvolle Stoffe im Range um die Heimat ist er nicht zu unterschätzen.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.
Ausgaben! — Als Druckgabe jenden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1932“
zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.
Zunächst 0,30 Mark Vorlo.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: _____ Poststation: _____

Wohnort: _____ (Name und Poststation genau ausfüllen.)

Möbeltransporte



Auto, Bahn in
Berlin und nach
außerhalb,
Lagerung.

Berlin SW 61, Teiltower Str. 47/48
Bergmann 1616
Für Ostmärker Ermäßigungen.

Städtische Siedlung Wriezen

Ein- und Zwei-Familien-Häuser,
sehr günstig finanziert, bezugsfertig
innerhalb 2—3 Monaten, sind zu ver-
kaufen. Anpflanzung 1000—2000 Mark.
Anfragen an die Kreisbauhilfsge-
sellschaft Wriezen m. b. H., Bad Freien-
walde (Oberh.), Landratsamt.

Preuß. Staats-Lotterie

Ziehung:
Lose 1. Kl. am 22. und 23. April
Zu haben bei Staatl. Lotterie-Einnehmer
Berlin W 25,
Potsdamer Str. 116a,
Ecke Litzowstraße.
Siwinna,
früher in Kattowitz, O.S. Tel. Litzow 998.

Verkaufe sofort
krankheitsshalber mein
Café „Corso“
R. Ziebold, Halle a. S., Große Steinstr. 24.